

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Veranlagungsgebühren kosten pro Blatt 25 Pf. — Geschäftsgebühren werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Hausmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Hauptst. in Bochum, Blumenhauer Straße 88-42. Telefon-Nr. 88 u. 89. Telegr.-Adr.: Mittelbau Bochum.

Der Stand des Bergarbeiterverbandes.

In der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 3. Januar 1914 war zu lesen:

„Tausende und Abertausende haben sich auch in den beiden letzten Jahren dem Bergarbeiterverband neu angeschlossen. Manche Zahlstellen hatten, dank der hingebenden Werbetätigkeit der Werbungs-kameraden, mehr Neuaufnahmen zu verzeichnen, als sie am Jahresbeginn überhaupt Mitglieder besaßen. Aber dann kam die Flut der Völkerverwanderung, manchmal stichweise, und schwemmte das gewonnene Neuland und oft mehr dazu hinweg. Aus dem Auslande, von Schlesien und Mitteldeutschland, wie vom Sargebiet und Süd-deutschland strömten die Massen in das „gelobte Land“ Ruhrgebiet. Aus dem Ruhrthal und dem mittleren rheinisch-westfälischen In-dustriegebiet flutete die Wanderung nach seinem Norden, Nordosten und Nordwesten. Andere Scharen zogen von Ostpreußen, Rheinland-Westfalen, vom Saargebiet und Süddeutschland in das holländische Hochland, in das lothringische, luxemburgische und französische Sargebiet, in das elbsächsische Kalteiwier, nach Amerika. Tausende und Abertausende Mitglieder gingen uns dadurch verloren. Sie tauchten unter in die wimmelnde Masse der Romanen. Nur ein kleiner Teil konnte aber auch nur wieder zum reinsten Teil als Vollmitglieder gebucht werden, weil die Verbandsbeiträge zu sehr in Mitleidenschaft gezogen waren. So schmerzlich auch die infolge des Massenstreikbruchs 1912 eingetretenen Mitgliederverluste sind, sie bedeuten eine Kleinigkeit gegenüber den durch die Massenabwanderungen eingetretenen Abgängen! Diesen fressenden Krebsgeschwüren zu heilen ist die wichtigste Aufgabe aller, die es rechtlich mit der Bergarbeiterorganisation meinen.“

So haben wir offen und ehrlich schon im Januar mitgeteilt, daß das Jahr 1913 kein gutes für den Gewerkschaftsgedanken war und wir deckten auch die Ursachen rückwärtslos auf. Wir vertuschen nichts, wir täuschen der Öffentlichkeit keine Erfolge vor, wenn Mißerfolge eintreten. Ungeschminkte Wahrheit ist auch am besten geeignet, die Kameraden dranhängen in den Nebeln ihrer Pflicht, mit allem Eifer zu werben für die Stärkung des Verbandes, erkennen zu lassen. Eines Tages kommen die Täuschungen doch ans Tageslicht und das Vertrauen der Kameraden ist dahin.“

Das sollte auch der Vorstand des „christlichen“ Gewerkschafts einsehen und der Öffentlichkeit reinen Wein über den Stand seiner Mitgliedschaft einschenken. In zahllosen Zeitungsartikeln und Notizen, deren Herkunft aus dem Gewerkschaftsbureau unverkennbar ist, wird die Mindereinnahme des Bergarbeiterverbandes für 1913 herbeigehoben, häßlich besprochen und dann behauptet, der Gewerkschaft habe keinen Mitgliederverlust erlitten, sondern sogar noch Mitglieder gewonnen! Daß diese Behauptung den Tatsachen stracks ins Gesicht schlägt, weiß jeder, der sich bei Gewerkschaftsmitgliedern im Ruhrgebiet, vornehmlich im Saargebiet, dann aber auch im Siegen-Raasdorfer und in Mitteldeutschland nach dem Mitgliederstand erkundigt. Hier und da ist eine Zahlstelle, die sich gehalten hat, sonst überall starke Verluste, namentlich im Saargebiet, wo allein der Mitgliederverlust des Gewerkschafts in die Tausende geht. Wir würden das ignorieren, wenn nicht gewerkschaftsfeindlich die Mindereinnahme des Bergarbeiterverbandes „gewaltig“ ausposaunt und als ein Beweis für die Wichtigkeit der — Massenstreikbrüche „festgestellt“ würde. Warum in aller Welt die großen Mitgliederverluste des „glücklichen“ Gewerkschafts, wenn die Arbeiter keine „Lafki“ gutziehen?!

Warum werden die Gewerkschaftsrechnungen seit mehr als Jahresfrist nicht mehr monatlich veröffentlicht? Der Bergarbeiterverband hat nichts zu verheimlichen, wir stellen nach wie vor unsere Monatsabrechnungen der Kritik preis. Der Gewerkschaft teilt seine Monatsabrechnungen nicht mehr mit, seine Organe behaupten darum fröhlich, es sei ein Fortschritt zu verzeichnen, weiß man doch, daß dies nun nicht mehr von den Außenstehenden kontrolliert werden kann.

Aber es bleibt doch noch die Jahresabrechnung, deren interne Zusammenstellung allerdings auch nicht mehr an Hand von Monatsabrechnungen kontrolliert werden kann. Die Beitrags-einnahme für 1913 gibt der Gewerkschaftsvorstand auf 964 314,41 Mk. an, rund 14 000 Mk. weniger wie 1912. Schon darum kann von dem behaupteten Fortschritt keine Rede sein. In Wirklichkeit ist ein sehr bedeutender Mitglieder-rückgang eingetreten!

Am 1. September 1913 ist nämlich der Pflichtbeitrag der Gewerkschaftsmitglieder von 15, 20 und 40 Pf. pro Woche auf 30, 40, 50, 60 und 70 Pf. pro Woche erhöht worden. Das ist eine Beitragserhöhung von 75—100 Prozent! Dementsprechend mußten auch die Beitragsentnahmen gesteigert sein, wenn die gleiche Mitgliederzahl geblieben wäre. Es kommt noch hinzu, daß nach der Mitteilung des „Vergnappens“ (S. V. Nr. 32, 33 und 35 des Jahres 1913) sich massenhaft Mitglieder verpflichtet haben sollen, den freiwilligen Wochenbeitrag von 80, 90 und 100 Pf. pro Woche zu zahlen. Demzufolge greifen wir nicht zu hoch, wenn wir für die letzten vier Monate des Geschäftsjahres eine Beitragssteigerung pro Gewerkschaftsmitglied um 80 Prozent annehmen. Wäre dem Gewerkschaftsverein auch nur die gleiche Mitgliederzahl wie im Vorjahre verblieben, so müßten gemäß der Beitragssteigerung 1 239 781,92 Mk. Beiträge eingekommen sein. Es gingen aber nur 964 314,20 Mk. Beiträge, das sind 275 467,72 Mk. weniger ein!!!

Also hatte der „christliche“ Gewerkschaftsverein 1913 gegen 1912 einen Beitragseinnahmerückgang von 28,57 Prozent, während der „alte“ Verband, der keine Beitragserhöhung vornahm, 14,03 Prozent Mindereinnahme an Beiträgen hatte, wie unsere in vorliegender Nummer veröffentlichte Jahresabrechnung ausweist!!!

Wann wird der Gewerkschaftsvorstand der Wahrheit die Ehre geben und eingestehen, daß er sich mit seiner „Lafki“

schwer verrechnet hat? Gält er an seinem Täuschungsmanöver fest, dann gerät er immer tiefer in die Lunte. Im Jahre 1914 erhebt der Gewerkschaftsverein einen um rund 80 Prozent höheren Beitrag wie 1912. Im Jahre 1912 vereinnahmte er fast 1 Million Mark (genau 978 775,20 Mark) an Beiträgen. Gält sich die Mitgliedschaft 1914 auch nur auf der Höhe von 1912, so müßten diesjährig zwischen 1 700 000 bis 1 800 000 Mark allein an Beiträgen eingehen! Gält es der Gewerkschaftsvorstand nicht doch für besser, als bald der Wahrheit die Ehre zu geben und der Öffentlichkeit den wirklichen Stand seiner Mitgliedschaft anzugeben? Sonst kommt das dicke Ende tot-sicher nach!

Unser Verband hat 1913 trotz seiner Mindereinnahme an Beiträgen sein Vermögen um 550 821,02 Mk. erhöhen können. Mit den Beständen in den Orts- und Bezirkskassen betrug das Verbandsvermögen am Jahresschluß 3 232 357,36 Mark. Diese finanzielle Stärkung der Organisation ist sehr erfreulich.

Dabei hat der Verband wieder bedeutende Summen für Unterstützungszwecke ausgegeben. Es gaben beispielsweise 1913 aus an

	Verband	Gewerkschaft
Streikende und Gemäßregelte	178 205,71	29 834,65 Mk.
Arbeitslose	31 812,09	848,50 "
Kranke	284 011,97	165 687,75 "
Sterbegelder	81 499,21	66 402,50 "
Rechtschutz	114 715,16	75 864,22 "

Der Verband leistete demnach die weitaus höchsten Unterstützungsleistungen, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Gewerkschaftsmitglieder schon vier Monate weit höhere Beiträge zahlten wie die Verbändler.

Noch besser treten die bedeutend größeren Leistungen des Bergarbeiterverbandes für seine Mitglieder hervor, wenn man einen längeren Zeitraum in Rechnung stellt. Von 1905 bis inkl. 1913 zahlte an Streikende, Gemäßregelte, Kranke, Arbeitslose, an Sterbegelder und für Rechtschutz der

Bergarbeiterverband	11 778 091,10 Mk.
Gewerkschaft	3 930 784,55 "
also Bergarbeiterverband mehr	7 847 306,55 "

Diese großen Verbandsleistungen widerlegen schlagend das verlogene Geschwätz, der Bergarbeiterverband nütze seinen Mitgliedern nichts. Diese Feststellung muß unsere Kameraden aber auch anspornen, eifrig Verbandsmitglieder zu werben, damit die Organisation stark gekräftigt die Arbeiterinteressen noch nachdrücklicher wahrnehmen kann.

Unsere im Januar ausgesprochene Hoffnung, es möchte wieder frisches Leben in die Bewegung kommen, der sich gegen Jahresende bemerkbar machende Aufschwung der Organisation möchte anhalten, hat sich, wenn auch noch nicht in befriedigendem Maße, erfüllt. Die Mitgliederanmeldungen haben sich vermehrt!

In den letzten drei Monaten des Vorjahres brachte das Ruhrgebiet 2843, im Januar, Februar bis Mitte März d. J. 3974 Neuanmeldungen. In den Ruhrrevieren wurden im letzten Vierteljahr des Vorjahres 3114, bis Mitte März des laufenden Jahres 2257 Mitglieder aufgenommen. Insgesamt wurden während der angegebenen Zeit 12 188 Mitglieder aufgenommen, davon 6231 vom 1. Januar bis Mitte März 1914!

Das ist ein sehr erfreuliches Resultat, es legt ein schönes Zeugnis ab für den agitatorischen Eifer unserer Kameraden. Leider muß gesagt werden, daß in vielen Bezirken immer nur noch ein kleiner Teil der Kameraden sich an der sehr wirksamen Hausagitator beteiligt, andernfalls wäre die Zahl der neu gewonnenen Mitglieder zweifellos bedeutend höher. Jedenfalls beweisen die Neuaufnahmen, daß unser Verband werbekräftig ist und es mit dem seit bald 25 Jahren so oft prophezeiten „Sterben des alten Verbandes“ nichts ist.

Es genügt aber durchaus nicht, Mitglieder zu werben, sondern sie müssen auch erhalten und zu tüchtigen Kämpfern erzogen werden! Ueber den starken Mitgliederwechsel und seine Ursachen haben wir uns bereits ausgesprochen. Durch ihn gehen uns die meisten Mitglieder verloren. Das beste Mittel gegen den Mitgliederwechsel ist die regelmäßige Beitragskassierung! Nun die Leu-rungsverhältnisse, die systematischen Mietsteigerungen herrschen, da muß insbesondere dafür gesorgt werden, daß die Beiträge nicht auflaufen, sondern es muß wöchentlich, mindestens aber alle zwei Wochen ein-kassiert werden. Dadurch verhilft man das schwer schädigende Restantenwesen und damit den starken Mitgliederwechsel. Wir bitten alle Ortsverwaltungen und Bezirksleiter, dies wohl zu beherzigen, dann geht es auch gut vorwärts.

An alle Kameraden in allen Revieren rich-ten wir die Bitte, den Feinden des „alten Ver-bandes“ zu zeigen, daß man ihn wohl zeitweilig hemmen, aber nicht vernichten kann! Die beste Zeit für die Agitation ist gekommen. Schroffer als je erheben die Arbeiterfeinde das Haupt. Die beste Abwehr ist der Sieb! Nehme ich jeder Verbändler vor, ein rüstiger Agitator zu sein, alsbald dem Ver-bande ein neues Mitglied zuzuführen! Das ist möglich, denn massenhaft harren noch Arbeitsbrüder der Organisation. Vorwärts, heißt unsere Parole, vorwärts zum Wohle der Bergarbeiterschaft!

Menschenopfer unerhört!

742 422 Verletzte,
137 089 Schwerverletzte,
10 900 Tote!

So lautet der Bericht vom Schachtfeld der Arbeit für das Jahr 1912. Allein auf den Bergbau entfallen:

121 517 Verletzte,
13 397 Schwerverletzte,
2 028 Tote!

Zählt man die Krüppel und Verwundeten aus den letzten 20 Jahren zusammen, dann ergeben sich folgende graufige Zahlen:

10 851 952 Verletzte,
2 312 837 Schwerverletzte,
167 638 Tote!

Allein im Bergbau wurden von 1886 bis einschließlich 1912 gezählt:

1 678 262 Verletzte,
197 712 Schwerverletzte,
33 415 Tote!

Immer höher schwillt das Blutmeer. Riesengroß wird das Meer der Krüppel. Gefatomben von Leichen bedecken die Wahl-statt der Arbeit. Die Ursachen des fürchterlichen Vernichtens sind: Mangelhafter Arbeiterschutz, Ueberlange Arbeitszeit, Neben- und Ueberschichten, Das bestehende Akkord-, Soll- und Prämien-system. Das Unternehmertum setzt allen Forderungen, die auf eine Verminderung der Unfälle hingingen, hartnäckigen Widerstand entgegen. Mit verdoppelter Kraft müssen darum die Arbeiter eintreten für:

- Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Ueber- und Neben-schichten, die nicht der Rettung von Menschenleben dienen;
- Ab-schaffung des bestehenden Akkord-, Soll- und Prämien-systems;
- Reform des Arbeitsvertrages, Einführung von Tarif-verträgen;
- Verbesserung der Gewerbe- und Berginspektion;
- Anstellung von Arbeiterkontrollleuten.

Das geschieht am nachdrücklichsten durch den Eintritt in die Kampf-sreihen der freien Arbeiterbewegung, durch Anschluß an unseren Bergarbeiterverband!

Streit auf der Grube Hostenbach.

Die Verwaltung der einzigen Privatgrube im ganzen Saar-gebiet, der bei Böllingen gelegenen Grube Hostenbach — Haupteigentümer Gebrüder Bölling — hat ihre Belegschaft zu einer Wachtprobe gedrängt und förmlich in einen Streit gezwungen. Schon voriges Jahr waren ernsthaftige Differenzen zwischen der etwa 900 Mann starken Belegschaft und der Ver-waltung ausgebrochen, die jedoch wieder beigelegt wurden. Diese Beilegung pries der „christliche“ Gewerkschaft als einen „glän-zenden Sieg“ der Arbeiter, während die Verwaltung das Gegen-teil behauptete. Seit Fastnacht sind neue, von der Verwaltung direkt heraufgeschworene Differenzen entstanden, die am 17. März zur sofortigen Ablegung von 205 Mann führten, worauf die Be-legschaft dann am 18. mit dem Streit antwortete.

Auf Hostenbach galt der Fastnachtsdienstag seit Alterszeit als Feiertag, während auf allen Saargehen und ebenfalls auf den Nachbargruben in Lothringen gearbeitet wird. Die Ver-waltung forderte nun in diesem Jahr, daß die Belegschaft am Fastnachtsdienstag anfare, und berief dazu extra den Arbeiter-ausschuß ein, dem sie ihre „Gründe“ darlegte. Der Arbeiter-ausschuß erkannte die Gründe für stichhaltig und übernahm es, diese der Belegschaft zu unterbreiten. Die Leitung des Gewerks-vereins mußte jedoch die Fastnachtsstimmung in „genialer“ Weise zur Agitation aus und ernannte die Belegschaft, an dem „alten Recht“, Fastnacht zu feiern, festzuhalten. Die Verwaltung drohte, jeden zu bestrafen eventuell abzulegen, der am Fastnachts-dienstag nicht anfare. Dennoch feierte die gesamte Belegschaft bis auf 32 Mann, worauf die Verwaltung 18 Mann kündigte und sämtliche Feiernenden mit einem halben Schichtlohn bestrafte. Außerdem machte sie noch eine Veränderung der Arbeitsordnung bekannt, wonach die bisherige Höchststrafe von 6 Mark im Monat abge-schafft und somit die Möglichkeit einer höheren Bestrafung geschaffen wurde. Kündigungen sollten nur mündlich beim Betriebsführer oder dessen Stellvertreter eingereicht werden. Schriftliche Kündigungen sollten nur in „bringenden“ Fällen anerkannt werden. Durch diese Bestimmung wollte die Ver-waltung, wie sie selbst in der „Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 68 vom 21. März) erklärt, dem „christlichen“ Gewerkschaft die Möglich-keit rauben, schriftlich Massen-kündigungen einzureichen, wie das im Jahre 1913 geschehen sei. Die Verwaltung wollte damit eine organisierte Aktion ihrer Belegschaft unmöglich machen. Diese Xoren! Als ob eine organisierte Belegschaft nicht just so gut mündlich kündigen könnte, wie schriftlich! Zum andern ist die Bestimmung der neuen Arbeitsordnung, wonach nur münd-liche Kündigungen gültig sein sollen, nach unserer Uebersetzung un-gültig. Die Verwaltung behält sich das Recht vor, den Arbeiter auch schriftlich zu kündigen, und zum andern ist die schriftliche Kündigung jedes Ver-trages, auch des Arbeitsvertrages, gültig. In einzelnen Fällen will die Verwaltung auch nach der neuen Arbeitsordnung die schriftliche Kündigung gelten lassen, mithin muß sie es ebenfalls bei Massen-kündigungen. Es geht die Verwaltung gar nicht an, ob nur ein Arbeiter oder ob gleich Hunderte die Kündigung ein-

reichen; sie muß die Stunden genau so wie die eine entgegennehmen und nach Ablauf der Kündigungsfrist den Leuten ihre Papiere aushändigen.

Wissen hat die Verwaltung das alte Kontrollsystem durch Verlesen der Abrechnungen vor der Kündigungsfrist und durch das System der Marken mit 0,10 bis 0,15 ergibt, wie es in Westfalen im Ruhrrevier, in Schlesien, Sachsen, Mitteldeutschland und Vorbringen längst besteht. Die Verwaltung behauptet, diese Veränderung im Interesse der Belegschaft getroffen zu haben, weil beim Verlesen sämtliche unterirdische Arbeiter schon eine halbe Stunde vor der Abfahrt im Verlesesaal sein müßten, was bei dem System der Markenkontrolle nicht nötig ist. Die „christlichen“ Gewerkschaftsführer behaupten jedoch, dadurch würden sieben Minuten für die Kohlenförderung gewonnen und zum andern das gemeinschaftliche Gebot abgelehnt. Wie die sieben Minuten mehr zur Kohlenförderung durch das System der Markenkontrolle gewonnen werden sollen, ist uns unklar, da an der Selbstkontrolle nichts geändert wird, und wenn die Gewerkschaften selber sich so sehr für das Verbleiben des gemeinschaftlichen Gebots ins Zeug legen, so empfinden wir darin eine abgeschmackte Demagogie und müssen in dem Punkt schon der Verwaltung leider Recht geben, die dieses Manöver für einen Bluff hält. Die „Christenführer“ für Beststunden! Wer diese Leute kennt, wird hell aufschauen! Die Verwaltung erklärt nun, daß sie zwar an dem Kontrollsystem durch Marken festhalten, der Belegschaft aber Gelegenheit geben werde, ihr gemeinschaftliches Gebot zu verrichten. Demnach wird sie nach der Bewegung bestimmen, daß mindestens eine halbe Stunde vor Beginn der Seilschaft Echn? der Markenausgabe ist und daß die Belegschaft dann die halbe Stunde mit Weten in der Waschkabine zubringen hat. Das wird dann wieder ein „christlicher Erfolg“ sein!

Der Gewerkschaftsrat hielt am 1. März eine Belegschaftsversammlung ab, in welcher gefordert wurde: Zurücknahme der Strafen wegen Nichtanfahren am Fastnachtdienstag und Verbleibung dieses „Feiertages“; Weiterbeschäftigung der 18 gekündigten Arbeiter; Wiederinsführung des gemeinsamen Gebots; keine Veränderung der Arbeitsordnung; humanere Behandlung durch die Beamten und Gewährung von Urlaub wie auf den staatlichen Saarwerken. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, sofort eine Sitzung zu beantragen und der Verwaltung diese Forderungen zu unterbreiten. Gleichzeitig wurde beschlossen, im Fall der Ablehnung am 14. März die Kündigung einzureichen und wurden Kündigungslisten an die Ausschussmitglieder und Sicherheitsmänner ausgegeben, um die Unterschriften zu sammeln. Von etwa 800 Mann unterirdischer Belegschaft haben 657 auf die Kündigungslisten gezeichnet und hat der Arbeiterausschuß diese Listen am 14. eingereicht, während die Ausschussfunktion, erst am 16. stattfand. Die Verwaltung lehnte nicht allein alle Forderungen ab, sondern sie weigerte sich sogar zu verhandeln, weil die Belegschaft in Kündigung stand.

So weit war die Situation noch absolut nicht ernst, denn niemand glaubte an einen Streik, um so weniger, als die Zeit zum Streifen die denkbar schlechteste und der Gewerkschaft im Saarrevier derart geschwächt ist, daß er keinen Kampf wagen kann. Die Saarbergleute, und selbst die Hostenbacher, sahen das Manöver der Gewerkschaftsleitung als ein neues „Säbelraseln“ auf, das es auch geblieben wäre, wenn die Verwaltung das Manöver nicht durchkreuzt hätte. Sie hat den hingeworfenen Sandstau nicht nur angenommen, sondern dem Gewerkschaftsrat den Kampf aufgezwungen. Nach ihrer Arbeitsordnung kann sie verlangen, daß bei jedem Abzug die Belegschaft in der Woche dreimal zwei Ueberstunden verfährt und so bestand sie darauf, daß diese Ueberstunden auch nach dem 14. März verfahren werden. Am 16. März ließ die Gewerkschaftsleitung gegenüber dem Bedenken eine Aufforderung anklagen, in welcher die Kameraden ersucht wurden, während der Kündigung weder Ueberstunden, noch Ueberstunden zu verfahren. Dieser Aufforderung steht zwar das formale Recht entgegen, aber als Akt der Notwehr muß man sie nicht nur billigen, sondern sie mußte erfolgen. Mit Einreichung der Kündigungen war der Krieg proklamiert — sofort die Kündigungen einst gemeint waren — und da durfte die Gewerkschaftsleitung nicht zugeben, daß die Belegschaft während der Kündigungszeit täglich Ueberstunden verfährt und Kohlen auf Vorrat fördert, damit die Verwaltung beim Streikabbruch für Wochen mit Kohlenvorräten versorgt gewesen wäre. Am 17. weigeren sich in beiden Schichten 205 Mann, die Ueberstunden zu verfahren

und als sie trotz Drohung der Verwaltung ausführen, erhielten sie alle sofort ihre Papiere. Auf diese Herausforderung kam die Belegschaft nur mit dem Streik antwortend, wie sie es denn auch am 18. März getan hat. Jeder, der von der unterirdischen Belegschaft 118 Mann dem Streik beizugehen nicht gefolgt, wodurch die an sich nicht günstige Situation noch erheblich verschlechtert wird.

Ohne die Haltung der Gewerkschaftsleitung auch nur anzuführen zu billigen, müssen wir doch erklären, daß die Schuld an diesem Streik die Verwaltung allein trifft, und wenn sie in dieser provokatorischen Weise vorgegangen ist, so nur in der Erkenntnis der Schwäche der Bergarbeiterorganisationen. Gätten die deutschen Bergarbeiter nur einen Verband und gehörten sie nur einer Organisation geschlossen an, dann würde es keine Verwaltung, waagen, ihrer Belegschaft so mitzuspielen, wie hier geschehen ist. Dabei werden die „christlichen“ Bergarbeiter in allen Fällen, wo sie gegen die Unternehmer vorgehen, wo sie selbst kämpfen und nicht streikbrechen, genau so behandelt, wie die anderen Sozialdemokraten. Die Verwaltung schreibt, daß die „christlichen“ Gewerkschaftsführer ihre sonst so aufrichtigen Vergleiche systematisch verkehrt hätten. Systematische Verkehrt werden die „Christenführer“ genannt, wenn ihre Forderungen stellen, und „vernünftige Arbeiterführer“ nennt man sie, wenn sie den Streikbruch organisieren! Die herausfordernde Haltung der Verwaltung von Hostenbach und der letzte Kampf sind nur die Folge der Zerstückelung der deutschen Bergarbeiter. Mag nun der Gewerkschaftsrat, der diese Zerstückelung allein verschuldet hat und dem letzten Kampf mit Unrecht durchkreuzt hat, wie bestenfalls Solidarisität und bitten, jeden Bezug nach Hostenbach fernzuhalten!

„Christliche“ Streikbrecher nach „Altenbam.“

So hat nun die „geniale“, „unübertreffliche“, „einzig richtige“ Taktik der „Klugen“, „Besonnenen“, „überlegenen“, „in Sturmweitem“ erprobten, „kampf- und siegesgewohnten“, „Christengenerale“ dorthin geführt, wohin sie in letzter Konsequenz unbedingt führen mußte: daß „christlich“ organisierte Bergarbeiter als Streikbrecher gegen „christlich“ organisierte Kameraden auftreten! Am 18. März hat der „christliche“ Gewerkschaftsrat, wie schon oben geschildert, auf Hostenbach den Streik proklamiert, am 20. März brachte die „Essener Volkszeitung“ (Nr. 79) folgendes Inserat:

„Bergleute, 200 Hauer, Lehrhauer und Schlepper sofort gesucht. Guter Lohn. Meldungen Essen, Lazarettstr. 24.“

In der „Essener Volkszeitung“ wird der „Bergnappe“ gedruckt, und ausgerechnet dieses Zentrumsblatt brachte dieses Inserat! Wir wollen zwar nicht unbedingt annehmen, daß dieses Inserat von der Schlichtebahn aufgegeben wurde, inwieweit wäre auch das von Leuten, die unter ihrem Eid sich selbst der Unwahrhaftigkeit beschuldigen müßten oder die sich in öffentlicher Versammlung selbst als Lügner bezeichnet! Auf dieses Inserat in der „Essener Volkszeitung“ haben sich 279 Streikbrecher gemeldet, die am 21. mittels Extrazug von Essen nach Hostenbach transportiert und im dortigen Schlafhaus untergebracht wurden! Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese 279 Streikbrecher aus Essen und der Umgegend „christlich-nationale“ Vergleiche sind, denn nur „christliche“ Bergleute lesen die „Essener Volkszeitung“. Verbandskameraden und selbst die selben Leute des „Essener Zentrumsblatt“ nicht, mithin hilft hier keine Anrede mehr. Gewerkschaftsmitglieder können es somit nur sein, die per Extrazug nach dem Saarrevier fahren, um dort die Arbeitsplätze der 455 gemahregelten Gewerkschaftsmitglieder einzunehmen!!! Wie die „Kölnische Zeitung“ und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ übereinstimmend mitteilen, wird der Betrieb auf Hostenbach durch die 279 „christlich-nationalen“

Streikbrecher aus dem Ruhrrevier und die fast 100 Hostenbacher Streikbrecher in vollem Umfang aufrecht erhalten, so daß die Belegschaft schon jetzt ihren Kampf verloren hat. Die „Saarpost“ vom 21. März spottet über die „fähigen Ruhrbergleute“, die eine Sprinktour auf Kosten der Verwaltung machen wollten. Warum spottet sie denn nicht über die „fähigen Qualitäts-schneider“, die auf Kosten des „christlichen“ Schneiderverbandes nach Saarbrücken ebenfalls aus dem Ruhrrevier geschleppt werden? Die Belegschaft von Hostenbach wird bei ihr aufgezogenen Kampf verlieren, der „christliche“ Gewerkschaftsrat wird jedoch siegen! Die „christlich-nationalen“ Streikbrecher aus Essen werden triumphieren über die „christlich-nationalen“ Arbeiterbrüder von Hostenbach! Im März 1912 hat der Streikbruchgewerkschaftsrat im Ruhrrevier über die Verbandskameraden gestimmt, im März 1914 Hostenbacher „christlich-nationale“ Streikbrecher über die „christlich-nationale“ Belegschaft auf Hostenbach! Die Gewerkschaftsleitung kann Sieg und Niederlage zugleich feiern. Die Streikbrecherzentrale steigt über die streikflüchtige Bezirksleitung. In dieser wunderbaren Situation mußte der „christliche“ Gewerkschaftsrat und mithin die „christlichen“ Gewerkschaften hineingeraten, weil die Konsequenz ihrer „Taktik“ naturgemäß dahin führt. Heute mit vollen Segeln dem Streik entgegen, morgen mit Vollampf in den Streikbruch! Heute die Anbiederung zur Arbeitsgemeinschaft, morgen stößt man uns den Dolch in den Rücken! Heute bietet man uns ein Wahlbündnis an, morgen wählt man lieber den Teufel! Heute richtet man Forderungen an Parlament, morgen stimmt man seine eigenen Forderungen nieder! Heute beschließt man den Streik, morgen sucht man Streikbrecher und besetzt sich selbst! Nur immer weiter auf dieser Bahn, — „christliche“ Arbeiterverräterung!

Wir marschieren!

Unser wird der Sieg doch sein, trotz alledem! So schreien wir nach unserer Niederlage im März 1912 im stolzen Vertrauen auf die Werbekraft unseres Verbandes und die Ueberzeugungsstärke unserer Kameraden. Wir haben uns nicht getäuscht, Mutlosigkeit, Verzweiflung und der gewaltige Belegschaftswechsel rissen vorübergehend erhebliche Lücken in unsere Reihen. Aber das Vertrauen auf unsere gerechte Sache hat auch diese Krise überstanden. Heute können wir mit Genugtuung wieder konstatieren: Wir marschieren!

Die Früchte des Streikbruchs von 1912 reifen jetzt. Lohn- und Behandlung werden immer höher. Unheimlich rasch ist die Gehaltsschere und sie verschont die Freigeleiteten von 1912 nicht. Diejenigen, welche glaubten, sich durch ihre Ausreicherdienste einen dauernden Stein bei den Zechenverwaltungen ins Recht gesetzt zu haben, sehen sich bitter enttäuscht. Wenn unsere Freunde jetzt die Freigeleiteten von 1912 fragen: „Na, hat der Fleiger euch zugeleitet?“, schweigen diese meist, aber Scham und Reue sind ihnen vom Gesicht zu lesen.

Einsicht und Reue aber führen auf den richtigen Weg zu unserem Verbands. Das beweisen besonders die letzten erfolgreichen Hausagitationen. Bis Schluß der Redaktion wurden 2000 Neuaufnahmen gemeldet: Bezirk Rünen 78, Linden 32, Oberhausen 63, Nachen-Köln 167, Jeth 70, Merlenbach 42, Cappel 130, Gladbach 430, Neudlinghausen 24, Essen 162, Hamm 200, Cappel 8, zusammen 1935.

Vorwärts geht es danach überall, wo unsere Kameraden auf dem Posten sind! Soll aber unser Verband seine Aufgabe erfüllen, dann müssen alle Kameraden Hand ans Werk legen, um unsere Kampfreihen zu stärken. Keiner darf zurückbleiben und sagen: „Auf mich kommt es nicht an!“ Auf jeden einzelnen Verband nur ein oder zwei Mitglieder zuzuführen, dann würde sich unsere Zahl verdoppeln und verdreifachen. Das ist möglich, wenn unsere Kameraden nur wollen.

Heinrich Kämpchen und sein Werk.

Schreiber dieses, der sich rühmen darf, selbst ein persönlicher Freund und Landsmann unseres prächtigen, alten Poeten gewesen zu sein, ist der Meinung, daß es unannehmlich bald an der Zeit sei, zur geistlichen Erhaltung und Verehrung für den toten Meister und Kämpchen den Gedanken an eine neue, gemeinsame Herausgabe seiner Dichtungen in Bewegung zu bringen und zu beleben. Eine geistig schöpferische, produktive Größe, die man nur damit, indem man die geistlichen Werke sich aneignet, in sich aufnimmt und die nachsicherungs-würdigen Ideen vertritt, vertritt. Nur das heute noch in unserem Falle, an Hand der im Laufe der Jahre erschienenen Gedichtbände möglich? Man muß geneigt sein! Ich glaube, es mögen herzlich wenige sein, die im glücklichen Besitze aller dreier Werke sind. Aber das rechte Verständnis, die volle Würdigung für den ansehnlichen Freiheitsdichter Heinrich Kämpchen kann doch nur dann erst recht vorhanden sein, wenn der Allgemeinheit sein Leben und Schaffen zugänglich gemacht wird. In diesem Sinne hat er ja seinen eigenen Gedanken so oft Ausdruck gegeben. In seinen letzten Jahren war es sein schuldiger Wunsch, nach vor seinem Tode das entlassene Lebenswerk in einem Bande gesammelt zu sehen. Ich weiß nicht, ob er davon mit anderen, außer seinen Freunden und Engewiesenen, sonst jemals über die Verwirklichung einer Gesamtausgabe gesprochen hat, möchte es aber in Anbetracht seiner großen Bekanntheit bezweifeln. Um so mehr müßte es nun unsere Aufgabe sein, an diese Sache heranzutreten. Es ist ja nichts Forderer und zweifelhafter, als daß die um ihre Befreiung zum Licht ringende Bergarbeiterschaft — und nicht nur diese allein! — auch die erforderliche Liebe und das Verständnis für das Werk in sich trägt, daß sie ihren Helden im Streik erkennt und dadurch ehren wird, indem sie, Mann für Mann, ihn in sich aufnimmt.

Unterzeichneter wohnte am Sonntag, den 15. März 1914, in Dahlhausen im Anschluß an die Gedächtnisversammlung für die Märzgefallenen einer Kämpchen-Gedächtnisfeier bei, in der Redakteur Piepenkämper im Verlaufe einer hochachtungsvollen, würdigen Ansprache bei der gesamt anwesenden Zuhörern, Alten und Jungen, manche liebe Erinnerung an den Dahingegangenen hochzurufen bestand. Der Geist und das Wesen des alten Dichters wurden noch junge Leute begeistert das Schmaus und trugen seine Verheißung. Es war ein schönes, erhebendes Fest. — Aber wie überall, so auch hier die bedauerliche Tatsache: Je feiner der Anwesenden war, um desto mehr der ersten Bandchen, in denen hoch zweifelslos die schönsten seiner Dichtungen enthalten sind. Und so ist es in allen Bergarbeitersreisen, soweit man überhaupt von einer Verbreitung der Kämpchenschen Sache reden kann.

Auch dieser Zeilen soll sein, bei den Vergleichen das hohe Interesse, die Liebe und Bewunderung zu unserem langgestundigen Vorbildern nachzuhalten und so fördern und den Bedarf von der Notwendigkeit und können Pflicht einer neuen Gesamtausgabe zu überzeugen. Glaubt auf! Otto Hoffmann, Bochum.

Technische Grundbegriffe des Bergarbeiters.

Von Dr. Wolff-Triedenau. Nachdruck verboten.

Der Bergbau in allen seinen Zweigen gehört zu denjenigen gewerblichen Gebieten, in denen durch die Erfindungsgabe und Hilfsmittel der modernen Technik, insbesondere durch die Einführung und Anwendung der zahlreichen und verschiedenartigen Formen der modernsten Kraft- und Kraftmaschinen, gegen früher die weitgehendsten, ja

geradezu revolutionären Umwandlungen erfolgt sind. Seit es überhaupt die modernen Kraftmaschinen gibt, also etwa seit Beginn des 18. Jahrhunderts, sind diese auch Werkzeug und Hilfsmittel des Bergbau geworden. Vor der Bergbau ist es sogar gewesen, der die erste und stärkste Anregung zur Anwendung von Kraftmaschinen für die Zwecke der menschlichen Arbeit gegeben hat, denn das Bedürfnis des Bergbauers gegen Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts nach vollkommeneren und leistungsfähigeren technischen bzw. maschinellen Hilfsmitteln war es, das die Anregung zur Erfindung der Dampfmaschine gab, wozu zum ersten Male die Kraft des Dampfes in den Dienst des Bergbauers und in weiterer Folge in den Dienst der menschlichen Arbeit überhaupt gestellt wurde. Der Bergbau war der erste Gebirgsbau von Kraftmaschinen und brachte diese um Jahrzehnte früher wie alle anderen Gewerke zur Anwendung. Ebenso ist der Bergbau über auch heute noch der weitest größte und bedeutendste Verbraucher von Kraft- und Kraftmaschinen jeder Art unter allen Gewerke, ebenso wie auch alle anderen Hilfsmittel der modernen Technik gerade in der Hütten- und Montanindustrie die denkbar ausgebreitetste Anwendung erfahren haben.

Diese ausgebreitete Anwendung, die die technischen Hilfsmittel jeder Art gerade im Bergbau gefunden haben, hat es mit sich gebracht, daß jeder, der hier tätig ist, vom Ingenieur oder Betriebsleiter bis zum „Bergknappen“, in viel höherem Maße technisch gelehrt und ausgebildet sein muß, als es jemals bei den Arbeitnehmern des früheren Bergbauers der Fall gewesen wäre. Der moderne Bergarbeiter ist zugleich auch immer Techniker, wenn auch nur innerhalb seines Fachgebietes oder Arbeitszweiges, und das Wesen des qualifizierten Arbeiters im Bergbau besteht immer mit zum großen Teil in der Kenntnis, Anwendung und Beherrschung der verschiedenartigen technischen Hilfsmittel, wie sie heute im Bergbau zur Anwendung kommen, insbesondere der verschiedenartigen Maschinen, Werk- u. Kraftmaschinen, vermittels denen er seine Arbeit ausführt, allgemein also in dem Besitz einer ganz bestimmten fachtechnischen Schulung und Bildung. Diese fachtechnische Schulung und Kenntnis aber geht, wie jede technische Bildung überhaupt, von bestimmten technischen Grundbegriffen aus, die somit eine der wichtigsten Grundlagen der Technik und Hochbildung auch des modernen Bergarbeiters sind. Ohne Klarheit über Inhalt und Bedeutung der technischen Grundbegriffe ist ein wirkliches und genaueres Verständnis des Bergarbeiters für die Technik seines Fachgebietes im Allgemeinen und für die Arbeitsweise im modernen Bergbau im Besonderen nicht möglich. Daher dürfte es angebracht sein, wenn wir uns an dieser Stelle einmal genauer mit den technischen Grundbegriffen, soweit sie für den Bergarbeiter von Bedeutung sind, befassen, und das um so mehr, als gerade über jene Grundbegriffe, von denen alle Technik und Arbeit ausgeht, oftmals eine sehr weitgehende Unklarheit herrscht.

Gleich das Wort „Technik“ selbst ist ein Beweis für diese Verwirrung. Was ist eigentlich Technik? So mancher Bergarbeiter oder sonstiger Facharbeiter im Bergbau, der täglich mit den Hilfsmitteln der Technik in enge Berührung kommt, täglich die Worte „Technik“ und „technisch“ im Munde führt, dürfte einigermaßen in Verlegenheit geraten, wenn er plötzlich einmal genauer nachdenken sollte, was eigentlich Technik ist. Also wir verstehen unter Technik die Herstellung und Anwendung von Hilfsmitteln für die Zwecke der menschlichen Arbeit. Diese Hilfsmittel können Werkzeuge oder Maschinen sein. Während der frühere Bergbau, wie überhaupt die gesamte frühere Technik, in erster Linie auf Handwerkszeuge angewiesen war und sich nur in ihren einfachsten Formen und Anwendungsarten kannte, ist in der modernen Technik, besonders auch

in der heutigen Berg- und Hüttenindustrie, die Maschine das weitest wichtigste technische Hilfsmittel geworden. Während früher die frühere Technik als Triebkraft ihrer wichtigsten Hilfsmittel nur die Kraft von Mensch und Tier kannte und benutzte — von wenigen Ausnahmen, wie etwa den Wind- und Wasserrädern, abgesehen — hat die moderne Technik vor allem die Naturkräfte, den Dampf, die Elektrizität, die Explosivkraft flüssiger und gasförmiger Brennstoffe, die Kraft des Wassers usw. in den Dienst der Arbeitsleistung gestellt und zur Triebkraft der technischen Hilfsmittel, besonders der Maschinen, gemacht, wie wir es ja gerade im Bergbau in deutlichster Weise konstatieren können. Wir können daher als Wesen der modernen Technik die Ausnutzung und Anwendung der Naturkräfte, vermittels Kraft- und Werkmaschinen bezeichnen. Als Technologie endlich bezeichnen wir die Lehre von der Technik, als Technik des Bergbauers mithin die Lehre der technischen Hilfsmittel des Bergbauers, ihrer Konstruktion, Funktion und Anwendungsweise und des weiteren die Art der Ausführung des Arbeitsprozesses vermittels dieser Hilfsmittel.

Als erster und wichtigster aller technischen Grundbegriffe liegt uns zunächst der Begriff der Kraft entgegen. Wir wenden im täglichen Leben und auch in der Sprache des Bergbauers diese Bezeichnung auf die verschiedenartigen Dinge und Bezeichnungen an, indem wir von der Dampfkraft, der Kraft einer gespannten Feder, von der Muskelkraft, der tierischen und menschlichen Arbeitskraft, vielleicht auch von der Kraft des Geistes, der Nahrung usw. sprechen. Nicht jeder ist sich klar darüber, daß die Anwendung des Wortes „Kraft“ in allen diesen Verbindungen durchaus falsch ist. Die moderne Technologie hat dem Begriffe „Kraft“ einen ganz bestimmten und scharf umrissenen Inhalt gegeben, der von dem, was man im täglichen Leben vielfach als Kraft bezeichnet, ganz abweichend abweicht. Und zwar bezeichnet die Technologie als Kraft die Ursache der Bewegung oder Bewegungsänderung eines Körpers. Dies, nicht mehr oder weniger, ist wie für alle gewerblichen Gebiete, so auch für das Gesamtgebiet der Berg- und Hüttenindustrie Inhalt und Bedeutung des Grundbegriffes der Kraft, von dem alle Technik ausgeht. Wenn ich einen emporgeschobenen Stein seiner Unterlage beraube, so fällt er zur Erde: die Ursache dieser plötzlichen erfolgenden Bewegung des Steines ist die Schwere bzw. die Anziehungskraft der Erde, die dem Stein eine nach dem Mittelpunkt der Erde gerichtete Bewegung verleiht und die wir nach dem Gesagten daher als Kraft bezeichnen müssen. Der auf den Kolben einer Dampfmaschine drückende Dampf hebt den Kolben und damit zugleich die ganze Maschine in Bewegung; der Dampfdruck ist daher, wie überhaupt jeder Druck, ebenfalls eine Kraft. In diesem wie in jenem Falle erfolgte die Bewegungsänderung derart, daß ein ruhender Körper durch die auf ihn wirkende Kraft in Bewegung gesetzt wurde. Es kann jedoch auch das Umgekehrte eintreten, daß nämlich ein in Bewegung befindlicher Körper durch eine Kraft in seiner Bewegung verlangsamt oder auch gänzlich zur Ruhe gebracht wird. Wenn ich einem Rad, das frei auf einer Ebene ist, sonst aber beweglich ist, etwa einem Schleifrad, einen Impuls gebe, so kommt es in Bewegung; es dreht sich; bald aber wird die Bewegung langsamer und schließlich kommt das Rad ganz zur Ruhe, und zwar infolge der Reibung, die in diesem Fall die Ursache seiner Bewegungsänderung ist. Die Reibung wirkt daher ebenfalls als Kraft bezeichnet werden. Nur in diesem Sinne, also nur im Sinne der Ursache von Bewegung oder Bewegungsänderungen, können wir von Kraft sprechen. Alle anderen über diese Bedeutung hinausgehenden Anwendungen dieses Wortes sind falsch, wie uns noch die Erörterung der anderen technischen Grundbegriffe, mit denen der Begriff „Kraft“ vielfach verwechselt wird, zeigen wird.

Ueberschuwirtschaft der Staatswerke und die Syndikatspolitik. Rede unseres Kameraden Otto Sue am 11. März 1914 im preussischen Landtag.

Meine Herren, die gestrigen Erklärungen des Herrn Oberbergbaupfingmann über den Braunkohlenbergbau waren wirklich nicht den Verhältnissen angemessen. Ich erwartete, daß nach den Vorgängen in der Braunkohlenindustrie, die sich an den Namen Betschet knüpfen, der Fiskus sich bemüht hätte, starken Einfluß auf den Braunkohlenbergbau in Preußen zu gewinnen, um jenen ausländischen Großspekulanten, möglichst wenig Einfluß auf die inländische Braunkohlen-erzeugung zu gestatten. Daß der

Braunkohlenbergbau ein sehr rentables Unternehmen
ist, beweisen die hohen Dividenden der Werke Ilse, Eintracht, Hebes, Wesseln, Weiskens, Karoline usw. Es wäre auch vom Standpunkt der Preisregulierung, die der Fiskus, wie verschiedene offizielle Kundgebungen haben verlaublich lassen, im gemeinnützigen Interesse vorzunehmen will, sehr gut, wenn er in bestimmtem Maße an dem Braunkohlenbergbau sich beteiligen würde, da zweifellos der Braunkohlenwerke an die Bevölkerung zu Preisen verkaufen, die in absolut keinem Verhältnis zu den Selbstkosten dieser Unternehmungen stehen. Wir haben jährlich circa 70 Millionen Doppelzentner Braunkohleneinfuhr und nur eine Ausfuhr von 600 000 Doppelzentnern. Daraus geht hervor, daß wir für Deutschland noch eine erhebliche Vermehrung der inländischen Förderung haben können, um den außerordentlich stark gewachsenen Bedarf zu decken. Ich richte deswegen nunmehr an den Herrn Vertreter des Fiskus die Bitte, den Braunkohlenbergbau nicht zu vernachlässigen, sondern gerade mit Rücksicht auf die Bestimmungen des böhmischen Großspekulanten Betschet sich Einfluß in dieser Industrie zu verschaffen.

Nun zu dem vorliegenden Etat, der ja von den verschiedensten Seiten betrachtet worden ist und in seiner Allgemeinheit als ein vorzüglich aufgestellter genannt worden ist. An Betriebsmaßnahmen sind veranschlagt 857,2 Mill. Mark, gegen das Vorjahr 17,3 Millionen mehr. Im Ordinarium sind 40 Millionen mehr Ueberschuß und ein entsprechender Mehraufschlag von etwa 18 Millionen ist veranschlagt. Diese Aufstellung ist zweifellos sehr vorzüglich, aber ich gebe zu, daß man bei der unsicheren Konjunktur, in der wir leben, nicht gut anders verfahren konnte. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß die fiskalischen Einnahmen in Westfalen, die schon im vorigen Jahre ihre Förderung ganz wesentlich erhöht hatten, in diesem Jahre wahrscheinlich in noch höherem Maße ihre Förderung verzeichnen werden. Infolgedessen kann man mit Sicherheit mindestens auf die veranschlagten Einnahmen rechnen und auch auf einen besseren Ueberschuß, auch da wir ja im laufenden Jahre für die fiskalischen Werke nicht mehr die hohen Zuzahlungen zu machen brauchen, wie in den Vorjahren.

Der Ueberschußbericht für 1912 weist einen Ueberschuß auf, der um 22,6 Mill. Mark den Voranschlag übertrifft, jedenfalls ein ausgezeichnetes Ergebnis. Wenn man trotzdem noch in diesem Hause hören konnte gegen den Staatsbetrieb mit der Behauptung, er sei unrentabel, dann müssen die Ueberschüsse im Privatbetriebe geradezu kolossal sein. In der Bezahlung der Arbeiter kommt das freilich nicht zum Ausdruck. Nach dem Ueberschußbericht von 1912 hat sich der Wert der fiskalischen Werksprodukte — ich nenne nur runde Zahlen —

von 247 auf 285 Millionen erhöht.

Der Wert der verarbeiteten Vergewerksprodukte ist von 68 auf 81 Millionen und der bilanzmäßige Reinüberschuß ist gestiegen von 23 auf 46 Millionen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man angesichts dieses Aufschusses, auf den ich noch in seiner weiteren Bedeutung zurückkomme, noch von einer schlechten Rentabilität der Staatsbetriebe sprechen will, so wiederhole ich: wie horrend müssen die uns nicht bekannten Ueberschüsse der Privatwerke sein, wenn die fiskalischen Ueberschüsse als mäßige bezeichnet werden. Ich möchte hervorheben, daß das Bestreben gewisser Kreise ist,

Systematisch den Staatsbetrieb zu mißkreditieren,

ihn als unrentabel hinzustellen, allerdings nur zu dem Zweck, um den Privatkapitalisten die Ausbeutung unserer nationalen Wobenskräfte möglichst allein zu überlassen. Das ist der Zweck der Hebung; weiter nichts!

Mit lesen in dem Bericht der Budgetkommission aus dem Jahre 1910 über die Rentabilität des Staatsbergbaues von dem Berichterstatter folgende Behauptung: das Postulat der Wirtschaftlichkeit sei beim staatlichen Bergbau leider mehr und mehr zurückgefallen; das müsse anders werden, damit der Staatsbergbau den auch an ihn zu stellenden ertragswirtschaftlichen Anforderungen entspreche. Einen fundamentalen Unterschied zwischen dem staatlichen und dem Privatbetriebe erblickte der Berichterstatter darin, daß der staatliche Bergbau betrieben werde, ohne daß hinsichtlich der Verzinsung und des Ertrages der investierten Kapitalien „ein ausreichender

Druck auf die leitenden Personen

ausgeübt wird“. Wie man behaupten kann, daß von der fiskalischen Verwaltung kein ausreichender Druck auf die leitenden Personen und, ich will hinzufügen, auf die Arbeiter ausgeübt wird, das verweise ich nicht. Ich habe mich freilich, daß der Herr Oberbergbaupfingmann die Beamten und die Arbeiter gegen diesen ziemlich deutlichen Vorwurf der Faulheit entschieden in Schutz genommen hat.

Ich jagte, gewisse Kreise wolle unter allen Umständen den Staatsbergbau, den Staatsbetrieb überhaupt mißkreditieren, um dem Drängen unserer Zeit nach einer Ausbeutung der dem Privatkapital unabhängigen Staatsbetriebe entgegenzuwirken. Als in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Manchestertheorie auch bei unseren Volkswirtschaftlern zum Siege gelangte, folgte ebenfalls der preussische Bergfiskus diesem Einfluß und hat eine Anzahl seiner Werke verkauft; das geschah unter dem Einfluß der Theorie, daß der Staat keine ertragswirtschaftlichen Unternehmungen haben dürfe, daß die Aufgabe des Privatkapitals seien. Erfreulicherweise ist aber in den letzten Jahren ein Umsturz in dieser Anschauung eingetreten. Es sind in diesem Hause sehr erhebliche Summen zur Erweiterung des Staatsbergbaues herbeigeholt worden, und ich darf wohl sagen — gewisse Publikationen behaupten nicht dazu —, daß auch in den Kreisen der Regierung die Gefahr der privatkapitalistischen Ausbeutung, der Entwürdigung zu privatkapitalistischen Monopolen erkannt ist, und daher das Bestreben, den vom Privatkapital unabhängigen Staatsbetrieb zu erweitern.

Nun schreien die Interessenten über „Staatssozialismus“

Im vorigen Jahre ist ja ein hoher Regierungsbeamter wegen seines bekannten Buches ziemlich deutlich demüthigt worden — sie schreien über die „schlechte Ebene“, auf die angeblich der Fiskus getreten sei. Da muß ich doch zur Steuer der Wahrheit konstatieren, daß der prozentuale Anteil der staatlichen Kohlenförderung an der Gesamtförderung auch noch in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Während im Jahre 1881 die in den staatlichen Gruben Preußens, Sachsens, Bayerns usw. geförderte Kohlenmenge 7,83 Prozent der Gesamtförderung Deutschlands betrug, betrug sie im Jahre 1911 nur noch 13,77 Prozent. Es ist also ein prozentualer Rückgang der staatlichen Kohlenförderung eingetreten, und zwar vor allen Dingen in Ober-Sachsen und im Saargebiet. Nur im Ruhrgebiet ist die fiskalische Förderung prozentual von 1909—1913 erheblich gestiegen, und sie wird in diesem Jahre — im vergangenem Jahre hat sie beinahe 5 Mill. T. betragen — noch höher werden.

Die Vergewerkschaft Sibiria ganz zu erwerben

— es ist das offiziell meines Wissens noch nicht beiritten worden —, so würde der Fiskus, wenn er auch über die Sibiria verfügte und damit über eine Förderung von 10, 11 oder gar 12 Mill. Tonnen Steinkohlen im Ruhrgebiete, dort allerdings einen sehr starken Einfluß auf die Preisgestaltung ausüben können. Diese „Gefahr“ — für uns ist es keine Gefahr — wittern die Privatunternehmer, und daher der Sturm auf diese „Gefahr“ und die Mißkreditierung des Staatsbergbaues, darauf berechnet, das Parlament und den Fiskus zu veranlassen, nicht auf dem besprochenen Wege vorwärts zu gehen. Der Weg ist aber der richtige im Allgemeininteresse.

Vor einigen Jahren, als die Sibiria nicht verstaatlicht werden konnte, hat man in den Zeitungen die böhmische Kritik über den „Harten August“ — so wurde der Fiskus damals genannt — gelesen, der, wenn er wolle, alle Bechen füllen könne. Heute lönt es aus diesen Zeitungen ganz anders. Jetzt sagt und jammert man über die „schlechte Ebene“ und erkennt, daß doch die Macht des Privatunternehmens eine Grenze hat, wenn die Staatsverwaltung nur ihre wirkliche Aufgabe erkennt.

Meine Herren, die Rentabilität des Staatsbergbaues soll zu gering sein und soll die etwaigen Erweiterungen des Bergbaues nicht rasch erscheinen lassen. Ich kann sagen, daß meine politischen Freunde nicht alle Freunde des staatlichen Betriebes oder der Verstaatlichung des Bergbaues sind, und zwar aus innerpolitischen Gründen, die ich hier nicht darzulegen brauche. Ich bin auch kein unbedingter Freund des Staatsbergbaues aus Gründen, die ich noch zur gegebenen Zeit darlegen werde. Aber für meine Freunde ist jedenfalls die Frage der Rentabilität des Staatsbergbaues wichtig und nicht zuletzt sehr wichtig, weil wir ja auf das Ziel zustreben, daß der gesamte Bergbau in den Besitz des Staates übergeführt werde. Darum empfiehlt es sich für uns schon, an der Hand der Nachweisungen der preussischen Vergewerksverwaltung

die Rentabilität der Staatsbergwerke zu untersuchen.

In den 70er Jahren, als die Grubenwirtschaft ins Kraut geschossen war, haben die fiskalischen Berg-, Hüttenwerke und Salinen eine Veranlagung des angelegten Kapitals, also des Betriebskapitals und der Vergewerkschuld, von rund 36 Prozent erzielt. Das betrifft die Jahre 1869—1878. In der Periode von 1879—1888 ging die Rente auf 17,16 Prozent zurück. In dieser Zeit haben aber viele Privatwerke, die in den Grubenjahren bis zu 40 Prozent Dividende verteilt haben, gar keine Dividende verteilt. Wir sehen daran, daß der Fiskus selbst in der damaligen Krisenzeit noch ansehnliche Ueberschüsse aus den Betrieben herausbrachte. In den Jahren 1889—1898 ist die Rente wieder auf 21 Prozent gestiegen, und von 1899—1908 ging sie auf 18,11 Prozent zurück. Das liegt nicht zuletzt daran, daß um diese Zeit die Grubenwirtschaft in der Metallindustrie einsetzte und infolge dessen auch der prozentuale Ertrag der staatlichen Hüttenwerke erheblich zurückging. Es liegt aber auch daran, daß inzwischen die großen Erwerbungen Vienenburg und in Westfalen vorgenommen worden sind, die so große Ausgaben brachten. Ein Teil der erworbenen Anlagen ist meines Erachtens erheblich überkapitalisiert worden.

In den letzten zwei Jahren ist, wie Sie gelesen haben, die Bilanz nach anderen Grundsätzen aufgestellt worden, und da hat sich der Ueberschuß der Steinkohlenwerke von 12 auf 30 Mill. Mark — ich nenne nur runde Zahlen —, der Ueberschuß der Braunkohlenwerke von 78 000 auf 157 000 Mark, der der Erzbergwerke von 2,6 Millionen auf 3,9 Mill., der der Hüttenwerke von 4,3 auf 6,3 Mill. und der der Metallhütten von 2,7 auf 3,9 Mill. erhöht oder insgesamt von 23,39 auf 46,17 Mill. Mark. Der bilanzmäßige Reingewinn liegt, wie in dem Bericht für 1912 nachzuweisen ist, von 5,9 auf 10,8 Prozent des buchmäßigen Anlage- und Betriebskapitals, was der Herr Oberbergbaupfingmann in der Kommission ausdrücklich unterzucht hat. Nachdem man 14 Millionen Mark zur Schuldentilgung, Ankaufe, Werksverweiterungen usw. verwendet hat, sind immer noch 22,2 Mill. Mark oder 7,5 Prozent des Anlagekapitals bar an die Staatskasse abgeliefert worden. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn diese Rente zu gering erscheint, dann frage ich zum dritten Male: wie hoch ist eigentlich die uns nicht bekannte Rente der Privatunternehmer, daß die fiskalische Rentabilität nicht ausreichend erscheint? Wollen wir den Dingen auf den Grund gehen, dann müssen wir schon die Bilanz des Fiskus in den letzten Jahren etwas zerlegen. Da stellt sich heraus, daß wir bei einer sorgfältigen Berechnung eine Trennung machen müssen zwischen alten und den neu erworbenen, mit teurem Gelde erworbenen Werken Vienenburg und in Westfalen bei Gladbeck.

Das Betriebskapital des Fiskus betrug am 1. April 1912: 261,5 Millionen Mark, dazu kommt die Obligationenschuld, die Vergewerkschuld mit 164,2 Mill. Mark, zusammen 425,7 Mill. Mark. Aber von diesen 164 Mill. Mark Vergewerkschuld entfallen allein 110 Mill. auf die westfälischen Bechen und 28 Mill. auf Vienenburg, zusammen 138 Mill. Mark! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das müssen Sie wohl bedenken und auch beachten, daß die außerordentliche Belastung der genannten Werke entstanden ist durch Veräußerungen der Verwaltung und Verschärfungen der Gesetzgebung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Warum hat man mit der Erweiterung des staatlichen Hüttenbergbaues gewartet, bis man sich schließlich genötigt sah, ein fertiges Werk wie Vienenburg zu kaufen? Warum hat man sich in Westfalen nicht rechtzeitig um die Verleihung von Feldern bemüht, als es noch Zeit war? Warum hat man gewartet, bis diese Felder okkupiert waren von privatkapitalistischen Erwerbsgesellschaften? Man hat so lange gewartet, bis diese Okkupation vollzogen war. Erst hat man den Privatunternehmungen diese wertvollen Felder umsonst verliehen,

Dann kauft sie der Fiskus zu Apothekerpreisen zurück.

Bei der Braunkohle soll sich anscheinend dasselbe Verhältniß ereignen. Der Landtag hat im Jahre 1894 die von der Regierung vorgelegene Vorlage betreffend Sicherung von Kalkfeldern abgelehnt. Das war ein schweres Verhängnis der Gesetzgebung, das war ein schwerer Mißgriff; in diesem Falle muß man dem Landtag die Schuld geben. Die Regierung hatte damals die Absicht, einzugereifen im Interesse des Staatsvermögens. Schließlich schritt der Fiskus zum Ankauf von Vienenburg, und wie hat man gefaßt? Es ist notwendig, daß hier vor dem Lande festzustellen, damit nicht wieder bei den nächsten Ankäufen ähnliche Experimente gemacht werden. Vienenburg baute auf einem Felde, das, nebenbei gesagt, der königlichen Klosterkammer in Hannover gehört. Das Werk hatte also einen Pachvertrag mit dem Fiskus geschlossen, der ihm das Feld bestellte, nicht etwa gekauft hatte. Bis zu dem Zeitpunkt, wo der Fiskus das Werk erwarb, hatten die Augenbesitzer von Vienenburg pro Aug. 2170 Mark Zusage geleistet,

aber pro Aug eine Ausbeute von 13 650 Mark erhalten.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann aber zahlte der Fiskus den Augenbesitzern die ihr eingezahlte Kapital schon über jedesmal zurück-bekommen haben, noch circa 30 Millionen Mark! (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja, das ist ein Geschäft, das bringt natürlich den Privatunternehmern kolossal viel ein, belastet aber unseren Vergewerkschat ebenso stark. Und wenn solche Belastungen vorgekommen sind, dann kommen die Vertreter der Privatunternehmungen hier und draußen im Lande her und rechnen dem Fiskus vor, daß er nicht rentabel arbeite. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was das für eine Summe ist, die bei Vienenburg in Betracht kommt, mögen die Herren aus einem Vergleich erfahren. Für die gesamten Wobensaufstellungen sind in der uns vorgelegten Besoldungsvorlage insgesamt nicht ganz 20 Mill. Mark vorgesehen; für den Ankauf von Vienenburg hat der Staat allein an eine

kleine Anzahl von Augenbesitzern 30 Millionen Mark

ausgezahlt. So soll man nur kaufen; dann wird das Wort Wahrheit lauten: „Der Fiskus kauft am teuersten, weil der Fiskus am leichtesten über das Ohr zu hauen ist.“ (Heiterkeit.) Nicht etwa, weil die Beamten der Vergewerksverwaltung unklug und ungeschickte Leute wären; es fällt mir gar nicht ein, das zu behaupten. Aber man scheint es als unumstößliche und nicht zu ändernde Tatsache hinzunehmen, daß, wenn man etwas an den Fiskus verkauft, man besondere Apothekerpreise nehmen muß. So ist es auch in Westfalen gegangen, wo der Fiskus zunächst das Gladbeck-Werk von Thyssen gekauft hat, dann die übrigen Felder von Bohmstedt usw., und wo er insgesamt infolge Ausbreitung und Betriebseinrichtungen 58 Mill. Mark gezahlt hat; dazu kommen hinterher noch, wie Sie wissen, alle die hohen Anforderungen für den vollständigen Ausbau des Werkes.

Meine Herren, ich möchte da an Ausführungen erinnern, die das früherer nationalliberale Mitglied dieses Hauses,

Herr Hermann Franken-Schäffe

vor einigen Jahren im roten Tag gemacht hat; er machte sich darüber lustig, daß die rheinisch-westfälischen Herren, die dem Fiskus das Werk und die Felder bei Gladbeck verkauft haben, ihn gehörig

über's Ohr gehauen haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ob das zutrifft, wird der frühere Abgeordnete Hermann Franken, der den Herren hier noch bekannt ist, nachweisen können. Tatsache ist jedenfalls, daß auf einem der Werke, das hier in Betracht kommt, die Vergrößerung der Anlagen ganz unüberkennbar mächtig sich geltend macht, und daß auch aus diesem Grunde, den der Fiskus nicht voraussehen konnte, den aber die Verkäufer wohl kannten, so ausnehmend hohe Aufwendungen für die dortigen Werken gemacht werden müssen. Ein großer, ja der größte Teil der hohen Ausgaben, die ich angeführt habe, wären zu vermeiden gewesen, wenn die Vergewerksverwaltung und wenn der Landtag zur rechten Zeit das Interesse der Allgemeinheit durch eine Aneinanderreihung von Feldern für den Staatsbetrieb erwacht hätte.

Meine Herren, von verschiedenen Seiten ist auch die Bilanz der Staatlichen Bergwerke bestritten worden; auch in der Kommission, von der ich vorher sprach, hat man gesagt, der Fiskus gebe nicht richtig vor, er habe ein weit größeres Kapital zu verzinsen, als er in seiner Bilanz anführe, und zwar stelle er den Wert seiner Berechtigungen nicht ein. Ja, meine Herren, der Fiskus hat, wie die meisten der älteren Privatunternehmer, für seine Vergewerkschaften, für seine Berechtigungen gar nichts bezahlt, er hat dafür keine Ausgaben gehabt. Wenn er keine Kassen hat, braucht er auch keine Ausgaben. Das ist auch kein Novum, sondern bis auf den heutigen Tag stellt die Vergewerkschaft Vienenburg in Westfalen, die eine sehr wertvolle Berechtigungen hat, als Wert dieser Berechtigungen (sage und schreibe eine Bilanz ein) die Bilanz ein. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Warum soll der Fiskus diesem Beispiel nicht folgen? Also wir sind durchaus berechtigt, die Bilanzierung des Fiskus als richtig anzunehmen.

Meine Herren, wenn wir die Ausbeute der Fiskuswerke nun mit der einer Anzahl von Privatwerken in Vergleich stellen, dann werden wir auch sehen, daß der Fiskus sich auch mit anerkannt sehr rentablen Privatwerken messen kann. Ich will zunächst auf die Velsenfischer Vergewerkschaft hinweisen. Für das Jahr 1913 liegt uns noch kein Betriebsbericht der fiskalischen Werke vor; ich muß also auf 1912 zurückgreifen. Die Velsenfischer Vergewerkschaft, eines der rentabelsten Werke, wie Sie alle wissen, mit den vorzüglichsten Einrichtungen, ein Werk, das durch seinen Charakter als gemischtes Werk eine Reihe von großen technisch-wirtschaftlichen Vorteilen ausnützt, hat im Jahre 1912/13: 267,5 Mill. Mark Anlagewerte zu verzinsen, und zwar Aktienkapital, fundierte Schulden und Pfandlagen; darauf erzielte die Gesellschaft einen Rohgewinn von 41,8 Mill., gleich auf 15 Prozent. Das ist ein sehr rentables Werk. Und nun hören Sie, was der Fiskus erzielte. Wenn wir nun einmal ein ganzes Anlagekapital, also auch die Summen, durch die die westfälischen und das Werk in Vienenburg überkapitalisiert sind, zusammennehmen, so hat der Fiskus ein Anlage- und Betriebskapital von 426 Mill., und der erzielte Rohgewinnüberschuß von 59,4 Mill. beträgt damit nahezu 13 Prozent. Meine Herren, bedenken Sie aber wohl, daß der Fiskus — Sie haben es ja gesehen gehört — beispielsweise noch nicht voll in der Lage ist, die Kohlen-erzeugung, die Gewinnung von hochprozentigen Nebenprodukten zu betreiben. Dennoch wirtschaftet er eine so gute Rente heraus. Wenn Sie aber die Schuldsummen, die ich als zu hohe Belastung — wegen der Ankaufe — betrachte, in Betracht bringen, Vienenburg und auch die westfälischen Werke nicht berücksichtigen, dann kommen Sie bei den fiskalischen Betrieben auf

über 20 Prozent Verzinsung des Betriebs- und Anlagekapitals.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und, meine Herren, was die Ueberkapitalisierung der genannten Werke für den Ertrag bedeutet, das will ich Ihnen an zwei Beispielen zeigen. Die Firma Boehl ist eines der best fundierten Werke mit prozentual geringem Betriebskapital. Es hatte im Jahre 1912/13 auf 1000 Mark Anlagewerte einen Ueberschuß von 363 Mark, nach der Aufstellung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung. Dagegen hat Deutsch-Luzemburg, bekanntlich ein Werk, das sehr hohe Kapitalien aufgenommen hat, auf 1000 Mark Anlagewerte nur einen Ueberschuß von 140 Mark. Sie sehen, meine Herren, wie die Ueberkapitalisierung zu Buche schlägt.

Nun, meine Herren, betrachten wir uns nun die älteren Fiskuswerke, die durch Verleihungen, Aneinanderreihungen oder Anknüpfungen entstanden sind, wie sich dort die Rentabilität gestaltet! Ich will zunächst eine andere, die Herren gewiß interessierende Aufstellung mitteilen. Hier und in der Kommission wurde die Rentabilität der Saargruben als eine mindere hingestellt. Nun hat im „Glückauf“, dem Organ des Bergbauvereins Essen, der ausgezeichnete Statistiker dieses Vereins, Herr Dr. Jungblut, im Jahre 1910 eine Berechnung über die

Erträge der Saargruben und der Aktiengesellschaften im Ruhrgebiet

pro Tonne Förderung aufgestellt. Ich habe die Zahlenreihen zusammengestellt. Herr Jungblut rechnet uns für die Jahre 1893 bis inklusive 1908, also für die lange Reihe von 16 Jahren, daß die Aktiengesellschaften im Ruhrgebiet pro Tonne einen Ueberschuß von 1,08 Mill. hatten, dagegen in derselben Zeit der fiskalische Saarbergbau 1,82, also 74 Pf. mehr. Nun ist doch bekannt, daß die Aktiengesellschaften im Ruhrgebiet nicht gerade notleidend sind. Sie wissen, daß dort hohe Dividenden erzielt werden. Die Vergewerkschaft West-Essen zahlt jetzt 40 Prozent Dividende für das Jahr 1913. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, in dieser Zahlenreihe, die ich genannt habe, liegen auch die sehr guten Geschäftsjahre 1899, 1900, 1906 und 1907; im Jahre 1899 hat die Aktiengesellschaft Vienenburg nicht weniger als 75 Prozent Dividende verteilt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Es kommen also nicht etwa Krisenjahre, sondern auch Hochkonjunkturjahre in Betracht. Es ergibt sich aus den Berechnungen des Herrn Dr. Jungblut, daß von einer schlechten Rentabilität der Saargruben im Ruhrgebiet zu den Ruhrgruben nicht die Rede sein kann, und da die Ruhrgruben während dieser Zeit sehr gute Ueberschüsse gemacht und sehr gute Dividenden verteilt haben, darf man sagen, daß sich der Saarfiskus in ertragswirtschaftlicher Hinsicht durchaus sehen lassen kann.

Meine Herren, wenn wir das Jahr 1912 allein zum Vergleich heranziehen, so ergibt sich, daß die Saargruben bei einem Anlage- und Betriebskapital von 80,4 Mill. einen Reingewinn von fast 20 Prozent des genannten Kapitals hatten trotz großer Ausgaben für Neuanlagen, Erweiterungen u. dgl., die Sie ja im Etat finden werden. Es ergibt sich weiter, daß der Saarfiskus einen Rohüberschuß von 1,72 Mill. pro Tonne und einen Reingewinn — nach erfolgten Ausgaben für Neuanlagen usw. — von 1,02 Mill. hatte. Die Saarbergbau-Vergewerkschaft hatte von 1907—1911 — worin auch ein Hochkonjunkturjahr ist — 1,64 Mill. die Velsenfischer Vergewerkschaft 2,1, Gladbeck 1,83 Mill. pro Tonne Ueberschuß. Aber, meine Herren, der Fiskus hat für die Saargruben noch keine Ueberschüsse aufgenommen, um den Betrieb zu erweitern,

alles ist aus den Betriebsüberschüssen gedeckt,

während die genannten Privatwerke für den genannten Zweck Anleihen aufgenommen haben. Ich will übrigens mitteilen, daß ich diese Ziffern dem Jahrbuch für den Oberbergamtsbezirk Dortmund entnommen habe, damit die geehrten Herren, wenn sie Lust haben, sie nachprüfen können.

Die oberstehten fiskalischen Kohlengruben sind notorisch so rentabel, wie nur irgendeine Kohlengrube in Deutschland, darüber wird nicht gestritten. Ich will aber trotzdem mitteilen, daß die oberstehten Kohlengruben, obgleich sie große Aufwendungen für Neuanlagen u. dgl. aus Betriebsüberschüssen gemacht haben, im Vergleich zu ihrem Anlage- und Betriebskapital im Jahre 1912 einen Reingewinn von fast 26 Prozent ergeben haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das läßt sich doch sehen, und da kann man wirklich nicht von einer minderen oder auch nur mäßigen Rentabilität der Staatswerke reden.

Meine Herren, selbst die Oberhärger Werke, die, wie Sie wissen, infolge der technischen Umwälzungen in der Hüttenindustrie und wegen des Nachlassens der Ergebmung nicht in glänzender Verfassung sein können, hatten im Verhältnis zu ihrem Betriebs- und Anlagekapital im Jahre 1912 einen Reingewinn von fast 15 Prozent. Ich denke, das langt. Dann weiter: die Hüttenwerke Staßfurt und Wiedersheim, auch zwei Werke, die ohne Anleihen erworben und ausgebaut sind — für sie wird keine spezielle Bilanz aufgestellt; ich muß da schon andere Berechnungen vornehmen —, hatten im Jahre 1912 pro Tonne eine

Einnahme von 18,90 Mk. und einen Heberzuschlag von 7,27 Markl. Ein vorerhebender Heberzuschlag, der auch — ich könnte noch gleich darauf — eine Erhöhung für die wärsen Zustände in der Kalilindustrie bildet.

8601 119 Markl oder pro Arbeiter etwas über 3900 Markl.

(Hört, hört! bei den Soz.) Das ist doch eine Menabillität, die geradezu schreiend gerufen werden kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) und ich kann nur bedauern, daß ich der Fiskus nicht viel, viel früher zu dem Standpunkt befördert hat, daß er seine Verträge ausdehnen muß, daß er sich nicht zuquälen des Privatkapitals dazu verstehen soll, zurückzuführen.

Meine Herren, wenn ich Ihnen die letztjährigen Meindüberschüsse genannt habe, so wollen Sie auch weiter beachten, daß von 1900 bis inklusive 1912 der Bergwerksfiskus einen

Meindüberschuss von fast 375 Millionen Markl

abgewickelt hat, und daß dabei außerdem alle für Oberstellen 60,5 Millionen und für das Saargebiet 54,1 Mill. Markl für Betriebsverwendungen usw. von dem Heberzuschlag, nicht von dem genannten Summen, ausgegeben worden sind. Das sind Ertragsüberschüsse, die sehr gut genannt werden können; aber selbst diese Ergebnisse scheinen manchen Herren nicht hoch genug zu sein.

Meine Herren, dann kommt noch in Betracht, daß von den Betriebsaufwendungen der fiskalischen Werke nicht nur die eigentlichen Betriebsaufwendungen gedeckt werden, sondern es werden davon auch die Ausgaben für die Zentralverwaltung, für die Geologischen Landesanstalt, für die Oberbergämter, für die Berginspektionen, für die Bergakademien, die Bergschulen usw. bestritten. Das sind Ausgaben, die sich auch jährlich auf Millionen belaufen und von denen auch die privaten Unternehmer profitieren; denn auf den Bergschulen und Bergakademien werden auch die Privatbeamten ausgebildet. Diese letztgenannten Ausgaben hat der Privatunternehmer nicht. Dann werden aber auch in den Staatsbetrieben häufig kostspielige Versuche und Untersuchungen zwecks Vermeidung der Unfallschäden u. dgl. angestellt. Auch davon profitieren die Privatbergwerksbesitzer. Ich glaube, daß ich die Öffnung aussprechen darf, daß der Fiskus in dem Bestreben, diese Versuche und Untersuchungen zu erweitern, nicht erlahmen wird; denn wir haben durchaus nicht eine Unfallsziffer, die uns zur Verhütung Anlaß gäbe.

Warum sollte übrigens der Staatsbergbau nicht rentabel sein? Gibt wegen seiner Beamten? Meine Herren, die Beamten, die den Staatsbergbau leiten, haben ja dieselbe Schule durchgemacht wie die Privatbeamten! Und sollten denn nun ausgerechnet die allerhöchsten Beamten dem Fiskus verbleiben? Das ist doch auch nicht anzunehmen. Gewisse Privatunternehmungen stellen doch mit Vorliebe einseitige Staatsbeamte an. Ich erinnere Sie nur an den interessanten Fall Wälder. Ich erinnere Sie daran, daß es Mode geworden ist, daß große Privatunternehmungen Staatsbeamte bewegen, in ihre Dienste einzutreten mit einem außerordentlich hohen, geradezu fürstlichen Einkommen.

Meine Herren, in den fiskalischen Betrieben werden auch, wie mir mitgeteilt worden ist und wie ich aus eigener Kenntnis weiß, die modernsten technischen Neuerungen angewandt, sowohl was die Abbaumethoden anlangt, als auch die Maschinenverwendung. Es werden alle möglichen Gewinnungsmethoden, Bohrerhammer und Schrämmaschinen angewandt, wo es nur irgend möglich ist. Die mechanische Förderung ist in den fiskalischen Betrieben mindestens ebenso gut durchgeführt und ausgebaut wie in den Privatbetrieben. Nach den mir gewordenen Mitteilungen und nach meiner eigenen Anschauung kann ich nicht sagen, daß die fiskalischen Betriebe etwa in technischer Hinsicht hinter den Betrieben der Privatwerke zurückstehen. Der Herr Oberbergamtspräsident hat gestern gesagt, daß in Westfalen die Werke erstklassig ausgebaut seien; ich kann das nach meiner Anschauung und nach dem, was ich von Fachleuten gehört habe, nur bestätigen. Sie werden auch sehen, daß, wenn der Betrieb dort einmal voll aufgenommen worden ist, auch diese Betriebe einen hohen Heberzuschlag herauswirtschaften werden. Es zeigt sich heute schon, daß dort große Arbeitsleistungen erzielt werden. Aus einer anderen Statistik, die der mehrfach genannte Herr Dr. Rüngst aufgemacht hat, geht hervor, daß der Staatsbergbau sich auch die

Vorteile der Konzentration des Betriebes

zunahme machte. Nach einer Berechnung von Dr. Rüngst im „Glückauf“, Nr. 30 vom Jahre 1913 entfiel auf eine Staatskohlengrube eine durchschnittliche Förderung von 760 000 To., während auf eine Privatgrube eine durchschnittliche Förderung von 584 000 To. entfällt. Sie sehen also, meine Herren, daß die technischen Errungenschaften in der Betriebskonzentration auch bei dem Fiskus durchaus zur Anwendung kommen. Der Fiskus ist sogar früher dazu übergegangen, den Betrieb zu konzentrieren. Wenn man auf die Saargeuben hinweist und die Förderungen der fiskalischen Saargeubenarbeiter in Vergleich stellt mit denen der Arbeiter in anderen Bezirken, so ist das ein Vergleich, der in dieser Weise nicht gezogen werden darf; man kann das Ruhrgebiet nicht mit dem Saargebiet in bezug auf die Arbeiterleistung vergleichen, das geht nicht. Aber man kann sehr wohl den preussischen Saargeuben mit dem lothringischen Vergleich vergleichen, und da ergibt sich sofort aus den Jahren 1908—1912; ich habe auch hier eine längere Reihe von Jahren zum Vergleich gestellt. Auf den lothringischen Privatgruben, die dem Fiskus benachbart sind, betrug die Förderung pro Arbeiter 206—235 To., auf den fiskalischen Saargeuben aber 207—238 Tonne. Also in demselben Gebiet stellt sich der Fiskus in bezug auf die Ausnutzung der Arbeitskraft mindestens den Privatunternehmern ebenbürtig hin. Dasselbe ergibt sich auch aus dem letzten Betriebsbericht, der auf die Förderung und auf die Lohnbewegung im Saargebiet hinweist; daraus geht hervor, daß von 1908—1912 im Saargebiet die Förderung pro Arbeiter um 44 To. jährlich oder 20 Prozent, der Arbeitslohn aber nur um 26 Pf. pro Schicht, das heißt um 6,6 Prozent gestiegen ist. Will man eine noch härtere Ausnutzung der Arbeitskraft seitens des Fiskus?

Noch besser tritt das Bemühen des Fiskus, möglichst billig zu arbeiten, und zwar auch auf Kosten der Arbeiterlöhne, im Kaliberbergbau zutage. In den Jahren 1909—1911 hat auf dem Staigfurter Berg

der Fiskus die Lohnkosten pro Tonne herabgemindert:

bei Kalibinden von 3,04 auf 1,62 Mk. (hört, hört! bei den Soz.), bei Chloorkalium von 12,53 auf 9,70 Mk. In Weidwader wurden in derselben Zeit die Lohnkosten bei pro Tonne gemahlener Kalifalze von 3,66 auf 2,68 herabgedrückt, bei Chloorkalium von 23,71 auf 19,51, bei Kalibindungsatz von 15,05 auf 9,44 Mk. Auf Weinberg sind in derselben Zeit die Lohnkosten bei Hofsalzen pro Tonne von 4,35 auf 3,02 und bei Chloorkalium von 17,81 auf 12,75 Mk. herabgedrückt worden. Kann man mehr tun in der Richtung des „Kostensparens der Ertragsfähigkeit“, als es hier durch die härtere Ausnutzung der Arbeitskraft, durch das Eradieren der Lohnquote geschieht? Ich betone nochmals, daß in technischer Hinsicht die fiskalischen Werke hinter den Privatwerken nicht zurückstehen. Wenn ein Recht vorhanden ist bei den fiskalischen Werken, dann liegt er nicht im Betriebe, nicht bei den Betriebsbeamten und Arbeitern, sondern in der Verwaltung. Damit will ich nicht sagen, daß die oberen Verwaltungsbeamten unsäglich, ungeschickt oder unwillig seien. Nein, hier liegt es an den rechtsrechtlichen Fragen, die vorher zu lösen sind, ehe gewisse technische und kaufmännische Dispositionen getroffen werden können. Welche juristischen Freunde und ich sind aber gern bereit, in der Hinsicht der Verwaltungsmaßnahmen mehr Bewegungsfreiheit zu geben, unter Beachtung des Staatsrechts natürlich. Wir sind nicht der Meinung,

daß der Burauftragszopf erhalten werden muß.

Ich hoffe, daß, wenn die Kritiker des Staatsbergbaues in der Richtung arbeiten wollen, sie uns zu diesen Arbeiten zuziehen werden; wir werden ihnen schon Rathschläge geben, die nach unserer Auffassung den Staatsbetrieben sehr dienlich sein werden. Aber vergessen Sie bitte nicht, daß das, was an Schwerfälligkeit der Verwaltung beim Fiskus hervortritt, allmählich auch bei den großen gemahlten Werken entsteht. Früher hat der Generaldirektor, zumal, wenn es eine so übertragende Verantwortlichkeit war wie z. B. Herr Rindorf, sozusagen automatisch disponiert, hat die Subdirektoren möglichst wenig gefragt, die haben ihn auch nicht behelligt. Darin tritt aber allmählich eine Veränderung ein. Heute kommt man von dem allein disponierenden Generaldirektor ab. Man führt ein Kollegium von Direktoren ein, und wenn Sie die Verwaltungsberichte, die Berichte über die Aktionärbesammlungen genau verfolgen, werden Sie manchmal dort auch Klagen finden über eine gewisse Schwerfälligkeit der Verwaltung, die naturgemäß mit der Vergrößerung der Betriebe, der Bogenbildung, der Bildung von Tochtergesellschaften zusammenhängt, und die mit der Vergrößerung des Unternehmens zusammenhängt.

Nun komme ich zum zweiten Teil meiner Darlegungen, zur Schlußfolgerung. Wenn ich mich vorhin bemüht habe, Ihnen die Menabillität des Staatsbergbaues darzulegen, so möchte ich in diesem Teil meiner Ausführungen Sie dringend bitten, diese Menabillität nicht in Frage zu stellen, indem Sie dem Fiskus raten, sein Schicksal mit dem Schicksal der kapitalistischen Kartelle, der kapitalistischen Syndikate zu verknüpfen. Der Herr Minister hat am 14. Januar d. J. auf die Frage, wie er zu dem Kohlensyndikat stehe, erklärt, daß er, bevor er zu den Syndikaten in nähere Beziehung getreten sei, einige Vorkontingenzen erhoben habe; er hat nämlich gesagt:

„Die eine Forderung ging dahin, daß dem Fiskus auf die Preisbildung ein größerer Einfluß eingeräumt würde, als ihm bei dem Abkommen für das Jahr 1912 durch das Mitsprichrecht des Fiskus zustand. Denn es hätte sich herausgestellt, daß, wie ich auch hier vor einem Jahre zu betonen die Ehre hatte, das Mitsprichrecht nicht genügt, um einen präventivenden Einfluß zu üben.“

Zweitens habe ich verlangt, daß der fiskalische Bedarf an Kohle, d. h. der Bedarf, den der Fiskus in seinen verschiedenen Unternehmungen hat, aus den fiskalischen Gruben ohne jede Beschränkung sowohl was das Quantum, als was den Preis betrifft — müsse gedeckt werden können. Denn ich halte es für ausgeschlossen, daß der Fiskus in der Verwendung seiner Produktion für seine eigenen Zwecke sich durch Privatunternehmungen irgend eine Schranke aufzuerlegen läßt.

Weiter habe ich verlangt, daß bei einer solchen Verständigung die Verkaufsorganisation, die der Bergfiskus besitzt, aufrecht erhalten werde. Denn das Mitsprichrecht, das sich der Fiskus gegenüber einer solchen Bildung aus überwiegenen Gründen des öffentlichen Wohls vorbehalten muß, hat geringen Wert, wenn ihm im Augenblick des Mitsprichs nicht eine Verkaufsorganisation zur Verfügung steht. Endlich habe ich die Bedingung gestellt, daß eine Verständigung nicht nur zwischen den privaten Bergwerken an der Ruhr und dem Fiskus, sondern auch zwischen denen an der Saar und dem dortigen Bergfiskus zustande kommen müsse, weil ich den Bergfiskus an der Saar nicht der Gefahr aussetzen darf, daß dieselben Leute, zu deren Gunsten er sich an der Ruhr bindet, ihm an der Saar geschäftlich in die Flanke fallen.“

Meine Herren! Wenn der Herr Minister an diesen Bedingungen festhält, dann dürfen die Herren vom Kohlensyndikat vielleicht auf den Anschluß des Fiskus an das Kohlensyndikat nicht besonderen Wert legen. Wie 10 Mann unter den 440 Mitgliedern können ja Ihre Entschlüsse nicht bestimmen, wir können nur unsere Anschauungen aussprechen und müssen Ihnen dann überlassen, sie zu beachten. Ich möchte die Mehrheitspartei doch warnen, zu veranlassen, daß der Herr Minister weniger fordert, als er hier verlangt hat. Fordert er weniger, dann steht die Menabillität des Bergfiskus, die ohnehin schon durch die außerordentlich hohen Ausgaben für die Feuerwerkevermögen relativ einseitigen gedrückt ist, sehr in Frage. Ich meine,

die Spuren des Kalifonds sollten doch schreken.

(Sehr wahr, bei den Soz.) Der preussische Fiskus hat von Anfang an mit dem anhaltenden Fiskus eine dominierende Stellung in der Kalilindustrie eingenommen. Als das Kohlensyndikat im Jahre 1888 sich gründete, ist der Fiskus beigetreten, ja er war wohl eigentlich der Kern, und er erhielt das Vetorecht hinsichtlich der Preisgestaltung. Fast alle Kenner der Kalilindustrie, die sich mit den letztjährigen Ereignissen befaßt haben, stimmen darin überein, daß die Kalilindustrie in ihre Misere durch die hohe Preisgestaltung des Kalifonds in den ganzen vorhergegangenen Jahren hineingekommen ist. Der Fiskus hatte das Vetorecht und konnte seinen Einfluß auf eine mäßige Preisbildung geltend machen. Hat er es aber getan oder gesont? Wenn er es getan oder gesont hätte, dann würden die Zustände, die wir jetzt in der Kalilindustrie zu beklagen haben, nicht eingetreten sein. Heute steht der Fiskus, der in der Kalilindustrie einmals an herborragender Stelle oben an stand, schon an zweiter Stelle. Im Juli v. J. — es hat sich inzwischen das Bild wieder geändert; es ist ein ständiger Fluß in der Kalilindustrie — stand der Fiskus mit 81 Tausendstel Beteiligungsziffer schon hinter dem Konzern der deutschen Kalilwerke, die 94 Tausendstel Beteiligungsziffer hatten, zurück. Im Jahre 1912 hat der fiskalische Bergbau noch gute Erträge geliefert, weil 1912, auch 1913, sich der Kaliallach relativ hoch gehalten hat. Aber der Ertrag der fiskalischen Kalilbergwerke hat sich prozentual gegen die früheren Jahre schon ganz bedeutend verringert, und zwar einfach deshalb, weil die Entstehung neuer Werke in der Kalilindustrie geradezu in wachsenderem Maße vor sich gegangen ist. Je mehr Werke entstehen, je mehr Werke von der Verteilungstelle als förderberechtigt anerkannt werden, um so geringer wird der anteilige Absatz der Einzelwerke. Wenn das so fortgeht, wozu jetzt alle Aussicht vorhanden ist, dann werden wir es erleben, daß in Jahr und Tag, wenn wir hier keinen Niesel vorfinden, die fiskalische Verwaltung vor den Landtag treten und erklären muß: wir haben einen starken Rückgang des Ertrages der Kalilbergwerke. Diese Tatsache muß wohl beachtet und mit Rücksicht auf das Verhältnis des Fiskus zu anderen Werksyndikaten vom Landtag gewürdigt werden.

Meine Herren! Was für Zustände in der Kalilindustrie herrschen, das will ich Ihnen mit der Charakterisierung einer Zeitung zu illustrieren suchen, die auf dem Standpunkt der Syndikate steht, der „Meinlich-Beitraglichen Zeitung“. Sie schrieb am 11. April v. J.: „Der tolle Konkurrenzkampf, den die Wirtschaftsjahresgeschichte je gesehen habe, tobte in der Kalilindustrie trotz des allumfassenden Syndikats.“ Sie sehen, daß die Syndikatsbildung kein Mittel ist gegen die wachsende, man darf ruhig sagen: anarchische Wirtschaft. In der Kalilindustrie betrug die Zahl der Werke 1904 erst 28, im Jahre 1909 53. Dann kam der bekannte Konflikt: Kohlensyndikat, es kam 1910 das Kalifonds. Im Jahre 1912 betrug die Zahl der Werke 130, im Februar 1914 betrug sie 168, und es sind noch ca. 100 Werke im Entstehen begriffen. Während nun im Jahre 1904 das Tausendstel Syndikatsabgab einen Wert von 2,6 Millionen hatte, betrug er im Jahre 1912 nur noch ca. 1,4 Millionen und der Wert des Waisenbittels, wodurch die Anteile der Werke bestimmt wird, geht weiter zurück, wird geradezu auf ein paar Hunderttausend Mark fallen, wenn gegenüber dieser wachsenden Wirtschaft nicht energisch, und zwar sehr energisch, gegenseitig eingeschritten wird.

Aber was soll nun geschehen? Jetzt hören wir aus den Verhandlungen des Kohlensyndikats, daß eine ganze Anzahl Werke stillgelegt werden sollen.

Ist das nicht eine anarchische Wirtschaft?

Schlimmer als wir sie selbst in der Gründerzeit gehabt haben? Erst werden mit einem großen Aufwand von Kapital Werke angelegt, es werden außerordentlich volkswirtschaftliche Werte investiert, und nachher wird das gezeigte ist, beginnt man, die Werke stillzulegen, — eine Verwüstung von volkswirtschaftlichen Werten, die geradezu einzufließen. Ich frage die Herren von der Regierung: ist denn das gestattet nach dem Vertrag in Preußen, daß man, nur um die Anteile der anderen zu erhöhen, gewisse Werke ohne weiteres stilllegen kann? Kann hier nicht der Betriebszwang nach § 65 des Berggesetzes angewandt werden? Oder kann er nur dann aktiv werden, wenn es an den betreffenden Mineralien mangelt? Meine Herren, wenn der gegläubte Betriebszwang erst dann aktiv werden kann, dann können wir uns mit unserem Berggesetz bescheiden lassen; denn dann werden Sie das, was die Zechenstilllegungsgesetze in der Kalilindustrie bedeutet, über kurz oder lang im großen Umfang in der Kohlenindustrie auch haben. Dort haben Sie auch eine starke Überproduktion.

Wie steht es mit dem angekündigten Kalifonds?

dari man fragen. Gestern hat der Herr Oberbergamtspräsident gesagt, er könne darüber keine Auskunft geben. Ich möchte dringend bitten, bei der Ausarbeitung der Kalifondsfrage zurückzutreten auf die Vorschläge, die in der Kalifondskommission im Reichstage 1910 gemacht worden sind. Ich habe damals gesagt, wenn man zu einem wirtschaftlichen Resultat kommen wollte, müsse man vor Anlage neuer Werke die Bedürfnisfrage stellen. Dieser Vorschlag ist damals abgelehnt worden. Die Herren der Regierung haben ihn auch bekämpft. Sie sehen nun, wie weit wir gekommen sind. Jetzt will man auf dem Wege der Stilllegung der Werke die Bedürfnisfrage regeln. Hiergegen muß eingegriffen werden; denn wenn es den Kalifondsherren gestattet wird, sogar ohne Nachweis der Rentabilität, ohne weiteres so und so viele Werke — es werden circa ein Duzend genannt — stillzulegen, wer wird es dann den Kohlenherren im Ruhrgebiet verbieten wollen, das ganze enge

Nachhalt durch Stilllegung wirtschaftlich zu ruinieren?

Hierauf muß man sehr achten. Es handelt sich nicht um keine politische Parteifrage. Gestaltet die Regierung den Kalifonds die Stilllegung, dann muß den Kohlenherren gegenüber ohnmächtig, und wir haben die Bestimmung hoher nationaler Werte zu befürchten.

Wir wollen auch beachten, daß die fiskalischen Kalilwerke nur in der Lage sind, 40 bis 50, höchstens 55 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit auszunutzen. In der Kalifondskommission von 1910 wurden uns Materialien über die Frage der Leistungsfähigkeit usw. vorgelegt. Da ergab sich, daß die fiskalischen Bergwerke Preußens nur noch ca. 40 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit nutzen konnten wegen der übergroßen Zahl der fördernden Werke.

Also 60 Prozent der Leistungsfähigkeit lagen brach!

(Hört, hört! bei den Soz.) Inzwischen ist eine ungeheure Werksvermehrung vor sich gegangen. Diese Werksvermehrung ist zurückgeführt worden auf das Kalifonds. Das ist nur sehr bedingt richtig. Nicht das Kalifonds an sich hat diese Werksvermehrung verschuldet, sondern das Kalifonds ist in bezug auf die Bindung der Werksbesitzer lange nicht weit genug gegangen. Wie Sozialisten haben damals Vorschläge gemacht, die heute selbst in Unternehmenskreisen als richtig bezeichnet werden. Wir haben damals Vorschläge gemacht, die, wenn sie verwirklicht wären, die wärsen Verengung volkswirtschaftlicher Werte verhütet hätten. Aber nicht zuletzt ist die Verengung der Werke zurückzuführen auf eine zweifellos falsche Auslegung der Ausfüllungsbestimmungen, die sich beziehen auf den Abbau der Gesteine von einem Schacht aus. Der Herr Oberbergamtspräsident weiß ja, was ich meine. Ich glaube, wenn heute schon die Kalilwerke des Fiskus so wenig ihre Leistungsfähigkeit auszunutzen können, so wollen Sie, bitte, beachten, was das für die Ertragswirtschaft für eine Bedeutung hat. Bei der Beratung des Kalifonds 1910 wurde uns unter anderem von dem Herr Solleid, in der Nähe von Weidwader, eine Rentabilitätsberechnung mitgeteilt. Daraus ergab sich folgendes: Als das Werk Solleid vom Syndikat gebunden war, hatte es an Selbstkosten pro Doppelpentner Darfatz 98 Pf., als es 1910 frei, ohne Syndikatbindung, war, nur noch 88 Pf. Selbstkosten. Desgleichen gingen die Selbstkosten pro Doppelpentner Chloorkalium von 647 auf 558 Mk. zurück. (Hört, hört! bei den Soz.) In diesen beiden Zahlen manifestiert sich die ungeheure ertragswirtschaftliche Bedeutung der Bindung der Werke durch die Syndikatvorschriften. Und das ist es, worauf ich hinaus will, was ich als ein Vertreter der preussischen Steuerzahler allen Herren, die die großen Aufwendungen für die neuen Kalilwerke gebilligt haben, bringend ans Herz legen möchte, nicht aus grundsätzlicher Feindschaft gegen die Werksartelle. Ich hege so wenig Feindschaft gegen die Syndikate, wie die Syndikate gegen den Bergarbeiterverband Feindschaft hegen.

Hebrigens möchte ich Sie verweisen auf die Rede des Herrn Kollegen Althoff, diese von seinem Standpunkt aus ausgezeichnete Rede. Dieser vorzügliche Kenner der Industrieverhältnisse hat sich genötigt gesehen, als er auf einen Zufall hin auf die „Klinke der Gesehgebung“ zu sprechen kam, doch zu erklären, daß die „Klinke“ noch nicht gefommen sei, die Klinke der Gesehgebung hinsichtlich des Kohlenbergbaues in Anspruch zu nehmen. Aber, meine Herren, noch viel charakteristischer ist, daß Herr Althoff, als er auf die Lage der Salinen zu sprechen kam, die Tatsache erwähnte, daß die Salinen durch die Kalilwerke, die das Steinsalz sozusagen als Nebenprodukt ohne besondere Kosten mit fördern, sehr bedrängt würden, an die Regierung das Gesuchen richtete, gesehmäßig oder verwaltungsmäßig — ich weiß es im Augenblick nicht genau — einzuschreiten durch eine Kontingenzierung der Salzproduktion. Ich hätte nicht geglaubt, daß wir schon so weit seien. Wir sind schon so weit, daß selbst Herr Althoff eine Kontingenzierung einer bestimmten Produktion vorschlägt, um dadurch

die Vergendung wirtschaftlicher Werte zu verhindern.

Das liegt auf dem Wege, den wir Sozialisten im Allgemeininteresse zu vertreten vorschlagen.

Wenn es im Kohlensyndikat jetzt knistert und kracht, sind doch die Herren vom Fiskus und die Arbeiter nicht die Schuldigen, sondern wenn irgendwo das Wort zutrifft: mea culpa — sogar mea maxima culpa — dann trifft es auf die Herren vom Kohlensyndikat zu, soweit nicht gesagt werden muß: „Sie meinen zu wissen und sind die Geschobenen.“ Das Kohlensyndikat hat sich gedrängt im Anschluß an vorhergehende Verkaufsverträge zu dem ausgeprochenen Zweck, einen volkswirtschaftlich günstigen Ausgleich zwischen der Förderung und der Konsumtion zu schaffen. Was aber sehen wir? Wir sehen, daß selbst in den Hochkonjunkturjahren im Ruhrgebiet Zechen vorhanden waren, die ihre Leistungsfähigkeit nicht auszunutzen konnten wegen zu geringer Beteiligungsziffer und nach Verhältnissen einlegten. Wie aber steht es heute? Schon seit ein paar Monaten ist die Kohlenförderung von Syndikats wegen um 20 Prozent und die Kohlenproduktion sogar um 45 Prozent eingeschränkt. (Hört, hört! bei den Soz.) Und dennoch — das werden mir die Herren aus der Industrie beklagen — lagern ungeheure Mengen von Kohlen und Koks in den Syndikatslagern. Es ist nicht etwa so, als wenn die gefördertten Mengen trotz der Einschränkung gleich in den Verbrauch übergingen. Ungeheure Vorräte an Kohlen und Koks lagern wieder. Wären Sie sich einmal das Vergnügen — möchte ich beinahe sagen — und wandern Sie durch das Ruhrgebiet, sehen Sie sich mal diese Riesenhäufen, diese Riesengebirge von Koks an, die dort lagern. Warum lagern sie? Weil die Herren Unternehmer

die Aufgaben des Syndikats nicht lösen konnten,

weil der Drang nach immer größerem Profit, zu immer weiterer Werksvermehrung stärker war als die vernünftige Überlegung. Nun werden ungemein viele Feierlichkeiten befehen; in einem Monat haben verschiedene Zechen vier Feierlichkeiten eingelegt! (Hört, hört! bei den Soz.) Trotz dieser starken Förderungseinschränkung entstehen aber im Norden des Ruhrgebietes eine Reihe von neuen großen Anlagen, etwa ein Duzend; wozu soll das führen? Im 4. Quartal 1913, wo ohne Zweifel die Krise recht erkennbar war, haben die Herren im Ruhrgebiet noch über 17 000 Arbeiter mehr angelegt, zum größten Teil aus dem Osten oder aus dem Westlande herangeführt. Von den ungefähre 400 000 Arbeitern im Ruhrgebiet sind ca. 180 000 aus dem Osten zu uns gekommen, zum kleinsten Teile aus der Industrie, zum weitaus größten Teile aus der Landwirtschaft. Die landwirtschaftlichen Bezirke des Ostens werden entblüht und bei uns werden die Massen so angehauft, daß ungeheure Zahlen von Feierlichkeiten eingelegt werden müssen. Was soll das noch werden?

Meine Herren! Die riesige Heberproduktion, die ich Ihnen zu schildern versucht habe, ist auch die Hauptursache der gestern besprochenen

Zechenstilllegung im Ruhrgebiet.

Wenn es so wäre, wie Herr Althoff sagte, so könnte es ja leidlich scheinen, aber leider ist es nicht so.

Herr Althoff, Sie als vorzüglicher Kenner unserer Verhältnisse wissen, daß schon vor 1903 und 1904 eine große Menge kleiner und mittlerer Zechen im Ruhrgebiet stillgelegt wurden; kein Mensch im Ruhrgebiet hat sich darüber aufgeregt. Warum nicht? Weil man da mit der natürlichen Erschöpfung der Kohlenlager rechnete und darum mit der Stilllegung einverstanden war. Ganz anders aber verhält es sich, nicht mit allen, aber mit einigen Stilllegungen. Das sind 1903 schon vor sich gingen und nun noch geplant sind. 1903 ist ein neuer Vertrag des Kohlensyndikats in Kraft getreten und auf diese Vertragsänderung, Herr Althoff, ist die neueste Zechenstilllegungsgesetz zurückzuführen. Früher wuchs automatisch mit dem Niederbringen eines Förderbades die Beteiligungsziffer der einzelnen Syndikatszeche um etwa 100 000 Tonne. 1903 wurde die Beteiligungsziffer aber, sagen wir mal, kontingentiert, und nun wurde aus ihr ein Kauf- und Verkaufobjekt, nun kaufte man nicht mehr die Zeche, sondern die Beteiligungsziffer, und infolgedessen sind die Zechen Weidwader, Spröckel, Bommerberg, Altdorf, Eiberg, Eintracht-Dieskau, Trappe, Deutschland angekauft und sind zum erheblichen Teile schon stillgelegt worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Das Eintracht-Dieskau, Deutschland und Trappe, die heute noch im Betrieb sind, sind bald stillgelegt werden, das ist leider zu befürchten. (Hört, Althoff: Das wissen Sie ja gar nicht!) Herr Althoff, Sie haben gestern gesagt, es sei nicht verstanden worden bei Eiberg, als Ewald die Zeche 1904 kaufte, den Betrieb fortzusetzen. (Hört, Althoff: Das habe ich nicht gesagt, im Gegenteil, ich sagte, damals sei schon damit geredet worden. Das ist etwas anderes!) — Es ist im Grunde dasselbe. Gewiß, so war es. Herr Althoff hat gesagt, daß damals schon mit einer Zechenstilllegung geredet worden ist. (Hört, Althoff: In Zukunft!) Na, in Zukunft, da wird schließlich auch der fiskalische Betrieb mal zu Ende sein. (Hört, Althoff: Etwas anderes habe ich nicht gesagt!) Allerdings, einmal wird es ja überall zu Ende gehen. Hier handelt es sich aber nicht um die natürliche Erschöpfung der Kohlenlager, sondern um die spekulative Stilllegung, ehe die Lager erschöpft sind. Als Eiberg 1904 gekauft wurde, ist der Bevölkerung, als sie diese Befürchtung laut werden ließ — ich war damals in den Verhandlungen — seitens der Zechenpresse gesagt worden, an eine Stilllegung werde nicht gedacht, nur Schacht Hermann, der falsch niedergebacht worden sei — (Hört, Althoff: Da war nichts!) — ich meine, der sollte also stillgelegt werden. Damit hatte man sich auch abgefunden. Aber hinsichtlich des Hauptförderbades wurde

damals der Plan der Stilllegung bestritten, gerade so wie bei der Sache Wiedfeld, wo nur zwei Jahre vorher der inzwischen verstorbenen frühere Abgeordnete Direktor Hilde ein vorzügliches Gutachten erstattet hatte. Man hat den Bewohnern von Görbe, Berghofen usw. auch gesagt, es sei an eine Stilllegung nicht zu denken. Nach zwei Jahren wurde sie aber doch stillgelegt.

Genau so ist es mit Eiberg gewesen,

nur daß die Sache hier etwas länger gedauert hat. Als 1904 die Zeche Eiberg durch einen jener bekannten Majoritätskäufe, die auch ein sehr interessantes Kapitel sind, das wir auch hier einmal näher betrachten werden, in den Besitz der Zeche Ewald kam, haben kleine Gewerke dagegen sehr heftig protestiert. Damals ist auch in diesen Versammlungen der Nutzenbezieher gesagt worden, daß von einer Stilllegung nicht die Rede sei. Und nun haben wir am 1. April d. J. tatsächlich mit der Stilllegung von Eiberg zu rechnen. Die Arbeiter sind gelübtigt oder sie sollen doch zum 15. gelübtigt werden. Ich war vor 14 Tagen in Steele und weiß, wie die Dinge dort liegen. Das gestern schon erwähnte Gutachten des Marktscheiders Schulte (Wochum) spricht nicht davon, wie es nach den gezeigten Darlegungen des Herrn Wochum in einer Zeche „von“ 1000 Meter lagerten; sondern in einer Zeche „bis“ zu 1000 Meter. Wenn man nur die Hälfte der dort lagernden Kohlen gewinnen wollte, dann wäre bei einer jährlichen Förderung von 800 000 Tonnen — jetzt sind es 250 000 Tonnen — noch ein Betrieb für ca. 20 Jahre der Zeche gesichert. (Hört, hört! bei den Soz.) Daß in diesem Felde noch viele Kohlen lagern, ist unstrittig, eine große Menge lagert noch dort. Nach dem genannten Gutachten haben die Heberkühse pro Tonne bei Eiberg in den Jahren 1905/10 betragen 2,85 Mk. pro Tonne, 1889 betragen sie 1,60 Mk., 1910 2,05 Mk., 1911 1,20 Mk. Der letzte mit bekannt gewordene Betriebsbericht ist zugrunde gelegt. Es ist also noch ein Heberküh von über 1 Mark pro Tonne gemacht worden. Da von einer Unrentabilität zu sprechen, ist nicht angängig. (Hört, hört! bei den Soz.)

Vor dem Ankauf der Zeche durch Ewald war die Schichtleistung pro Arbeiter in den Jahren 1901/04 0,04 Tn., nach dem Ankauf aber in den Jahren 1908 bis 1911 1,03 Tn. Diese Steigerung der Förderung pro Arbeiter ist ein Wahrscheinlichkeitsbeweis dafür, daß die Arbeiter recht haben, die erklären, daß man in den letzten Jahren nicht nur nicht die nötigen Vorrichtungsarbeiten gemacht habe, daß man sogar Neubau getrieben habe, daß man genommen habe, was man nur kriegen konnte. So wäze die scheinbare Unrentabilität zu erklären. (Hört, hört! bei den Soz.)

Wenn die Bewohner des Ruhrtales die gestrige Rede des Herrn Oberberghauptmanns lesen, werden sie um eine große Hoffnung ärmer sein. Denn, meine Herren, wenn Eiberg bei einem so großen Kohlenreichtum stillgelegt werden kann, dann ist kein Werk mehr im Ruhrtales, welches vielleicht vor einem oder zwei, vor der Stilllegung sicher. Was das bedeutet, haben Sie auch von anderen Rednern zu hören bekommen. Es würde den Mut einer der schäbsten Wenden unseres Vaterlandes bedeuten. Und je mehr die Heberproduktion wächst,

je mehr Kiesenzechen im Norden entstehen, je mehr ist das Ruhrtales bedroht.

Daß die Krise im Kohlenyndikat besteht, ist ja bekannt. Man kann alle Sympathien mit den Herren haben, die das Zustandekommen des Syndikats als ihr Lebenswerk betrachten und nun sehen, daß dieses Lebenswerk zu Bruch zu gehen droht. Ich selber habe auch alle Sympathien mit den Herren. Aber es liegt doch nicht an fremden Personen, wenn überhaupt persönliche Schuld vorliegt, sondern die interne Entwicklung unserer Verhältnisse, die Entwicklung der reinen Zechen auf der einen Seite, der großen gemischten Zeche, der Interessengemeinschaften und Funktionen auf der anderen Seite, das ist die Veranlassung, die das Syndikat in seinen Fugen trennen läßt. Nicht so sehr aufsehenswerte, sondern Mitglieber des Syndikats selber sind es, die die Stützen des Syndikats, die Mauern des Syndikats untergraben. Das von der Gesellschaften Bergwerksbesitzer nun bekannt gewordene Communiqué läßt darauf schließen, daß nun auch die Gesellschaften Bergwerksbesitzer sich scheinen, als es früher der Fall gewesen ist. Wenn die Gesellschaften Bergwerksbesitzer, was ja von ihrem Standpunkt aus ihr gutes Recht ist, das volle Vorrecht der Güttengeden in Anspruch nimmt, und wenn Sie u. a. auch die dieser Tage vollzogene Interessengemeinschaft zwischen Rombacher Gütte und Concordia in Betracht ziehen, dann wird eben die Frage des Vorrechtes der Güttengeden um so brennender und ist um so schwerer für das Syndikat zu lösen. Darum verweise ich nicht, daß Herr Althoff hier an die Herren der Regierung die Bitte richten konnte, sich um das Zustandekommen des Syndikats zu bemühen. Nein, die Herren im Kohlenyndikat selber sind an der Reihe, sie sind die nächsten dazu, ihre separaten Forderungen zu ernähren; sie selber sind es, auf die es ankommt, und wenn sie es wirklich im Interesse der Volkswirtschaft, wie gesagt wird, und im Interesse der Arbeiter, wie auch gesagt wird, für notwendig halten, daß das Syndikat wieder erneuert wird — meine Herren, dann handeln Sie entsprechend. Wir gehen Mann hier im Hause können das Syndikat sicher nicht zerstören, auch ein einmütiger Beschluß dieses Hauses kann der Entwicklung des Kapitalismus nicht die Richtung geben.

Es existiert eine Krise im Syndikatswesen überhaupt,

die Syndikate haben ihre volkswirtschaftliche Aufgabe, einen gemeinsamen Ausgleich zwischen Produktion und Konsumtion herzustellen, nicht erfüllen können. Die Entlohnung des Kapitalismus ist auch den Syndikaten über den Kopf gewachsen.

Wir haben die Krise ja nicht nur im Kohlenyndikat, wir haben sie im Stahlwerkverband, der nur noch ein Numpfsyndikat ist, wir haben sie im Zementyndikat, im Brückensyndikat, im Kupferyndikat, im Blei- und Zinkyndikat, wir haben auch den Zusammenbruch des Mitteldeutschen Braunkohlenyndikats erlebt. Immer dieselbe Ursache: Uebermäßige Steigerung der Produktion, Streit um die Beteiligungsziffer, das heißt Streit um die Anteile, neue Werkerweiterungen, um höhere Beteiligungsziffern zu bekommen, und schließlich der Bruch.

Meine Herren, durch die Preispolitik der Syndikate, die gestern von Herrn Gantert und zum Teil auch von Herrn v. Saffell kritisiert worden ist, ist der Absatz im Inlande künstlich eingeschränkt worden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Den Beweis haben wir u. a. in einer Erklärung aus Interessentenkreisen des niederschlesischen Industriegebietes. Dort haben bei den vorjährigen Verhandlungen über die Tarifermäßigung für niederschlesische Kohle die Kohlenwerkbauer, Industrie, erklärt, daß die Tätigkeits des niederschlesischen Syndikats darauf gerichtet sei, die Produktion zu gunsten der zu erzielenden Erlöse einzuschränken (Hört, hört! bei den Soz.) und die Preise gerade im Ruhrgebiet, in dem sich keine Konkurrenz mit anderen Kohlengebieten niederlassen mache, hochzuhalten. Daß die ober-schlesische Kohle in das niederschlesische Industriegebiet hineincombe, das sei der

Preispolitik des niederschlesischen Kohlenyndikats

zu verdanken; weil die niederschlesischen Verbraucher im eigenen Gebiet die höchsten Preise zahlen müßten, deswegen hätten sie sich ober-schlesische Kohle, die billiger ist (Hört, hört! bei den Soz.), beschafft. Meine Herren, das ist ein Zeugnis aus den Reihen der Industrie. Weitere könnte ich anführen. Ich möchte hervorheben, daß man nicht etwa allein dem niederschlesischen Syndikat den Vorwurf machen kann, daß es sich nicht nach dem Grundfah handelt: je näher an der Zeche, um so billiger die Preise, je weiter entfernt, um so teurer die Kohlen. Dasselbe Preispolitik finden wir bei dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat, bei der ober-schlesischen Kohlenkonvention, bei der Fiskus auch angeführt, beim sächsischen Syndikat, beim Arzelsyndikat in der Lausitz und in Köln, so handeln so ziemlich alle Syndikate, auch der Stahlwerkverband und das Heberkühyndikat: überall führt dieselbe Ursache zu denselben Wirkungen: Einschränkung des Absatzes wegen zu hoher Preise, dann Auszug der inländischen Produktion zu so niedrigen Preisen, daß die ausländische Industrie auf Kosten der inländischen gestärkt wird. (Hört, hört! bei den Soz.)

In dem Betriebsbericht für 1912 lesen wir von dem statistischen Werke Abendbüren, daß man, um einen höheren Absatz zu erzielen, die Kohlenpreise um 6 Pf. pro Tonne erniedrigt hätte und infolge dieser Ermäßigung sei der Absatz und damit auch der Ertrag des Werkes gestiegen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist sehr charakteristisch und kann gegenüber den Syndikatsmaßnahmen nur zu ersten Mahnungen dienen, so daß ich das doppelt unterstreichen möchte: die Ermäßigung der Preise erhöht den Absatz, weil dadurch weitere Kreise der Konsumenten in die Lage kommen, ihren Bedarf vollkommener zu decken, als das vorher der Fall war. Ich könnte Ihnen aus einer Reihe von bürgerlichen Zeitungen, namentlich dem „Volkswirtschaftlichen Jahrbuch“ — die ernstlich den Fiskus vor dem Beitritt zum Syndikat warnen — auch aus der „Köln. Ztg.“, aber auch aus der „Mein-Weiß. Ztg.“, Berichte, Notizen und Artikel vorlesen, die von in demselben

Sinne, wie ich es eben ausgeführt habe, darlegen, daß durch die Hochhaltung der Preise von Seiten der Syndikate künstlich der

Abatz eingeschränkt und die Heberproduktion verstärkt

wird. Darum warne ich Sie nochmals, meine Herren, den Fiskus zu veranlassen, sich mehr, als er bisher erklärt hat, mit dem Syndikat einzulassen, sein Schicksal, das Schicksal der staatlichen Verwaltung, mit dem Kohlenyndikat und mit anderen Syndikaten zu verknüpfen.

Und nun lassen Sie mich, meine Herren, noch ein paar Worte über das Verhältnis der Syndikate zu der Arbeiterschaft sagen. Es werden ja so ziemlich alle Interessengruppen vor den Karren des Kohlenyndikats gespannt, um ihm wieder in Gang zu helfen. Die Herren Großagrarien sollen helfen, die national-liberale Partei natürlich insbesondere. Auch von den Arbeitern wurde gerade, die verschiedensten Arbeiterorganisationen sollen sich auch damit einverstanden erklären haben, daß der Fiskus sich dem Syndikat in aller Form anschließt. Meine Herren, ich habe nicht über die Beschlässe und Meinungen der Arbeiterorganisationen, denen ich nicht angehöre, zu befinden; aber das weiß ich, daß diejenigen Vertreter der Arbeiterorganisationen, die dem Syndikat noch günstig gegenüberstehen sollen, dies nicht etwa um der schönen Augen der Syndikatsherren tun, sondern in der Erwartung, daß das Syndikat in seiner Wirtschaftspolitik

auch den Arbeiterbedürfnissen Anerkennung zollt,

(Abg. v. Wappenheim: Sehr richtig! — Abg. Hoffmann: Hört, hört!) daß das Syndikat nicht nur die Preise reguliert, sondern sich auch dazu versteht, in der Lohnregulierung und der Lohnbemessung den Arbeitern entgegenzukommen, wie es unsere Verhältnisse notwendig machen. (Abg. v. Wappenheim: Sehr richtig!)

Meine Herren! Sie werden mir einwenden: das Syndikat sankt sich und wird sich um die Arbeiterverhältnisse nicht kümmern. Ich bitte die nachfolgenden Herren bringen, daß diesen Formelraum aufzugeben. Das weiß doch jeder, der mit den Dingen vertraut ist, daß das Syndikat sich in hervorragendem Maße mit Arbeiterverhältnissen befaßt muß. Denn wie könnte es sachgemäß Verkaufspreise feststellen, die sich doch nach den Selbstkosten der Werke richten sollen, wenn es die Arbeiterlöhne unberücksichtigt ließe, da die Arbeiterlöhne den größten Teil der Selbstkosten ausmachen. Darum schon muß sich das Syndikat bei seiner Preisfestlegung so ipso um die Löhne der Arbeiter kümmern. Also ist es Formelraum, wenn Sie sagen, das Syndikat kümmere sich nicht um die Arbeiterverhältnisse. Diese Antwort bekommen wir allerdings vom Zecheverband, vom Bergbauischen Verein, vom Kohlenyndikat. Meine dieser mächtigen Korporationen kümmern sich angeblich um Arbeiterfragen. Dabei werden dort

Zwangsarbeitsunahweise, schwarze Listen, Streik Klausel, Streikversicherung

beflossen, alles gegen die Arbeiter. Meine Herren, treten Sie doch auf den Boden der Tatsachen und lassen Sie uns über das Verhältnis der Syndikate zu den Arbeitern sachlich verhandeln. Bisher taten die Zecheherren das nicht, daher sind für die Arbeiter aus der Nacht entwicklung der Syndikate die allergrößten Bedenken entstanden. Der Syndikatsmacht hat sich den Arbeitern durchaus nicht so wohlwollig erwiesen, daß man das Syndikat als eine Wohltätigkeitsanstalt für die Arbeiter ansehen könnte, um sie sogar noch zu veranlassen, die Syndikatsmacht zu stärken.

Meine Herren! Die letzte Eingabe des Bergarbeiterverbandes an den Zecheverband, die gegen die Lohnreduktion und Arbeiterentlassungen protestierte, stellte fest, daß von 1907 bis 1912 der

Arbeiterlohn im Verhältnis zum Förderwert von 60 auf 51 Prozent gefallen

ist. Also ist die Lohnquote zurückgegangen, und die Behauptung, daß man die Kohlenpreise in die Höhe habe setzen müssen, um die Arbeiterlöhne auszubessern, ist falsch.

Meine Herren! Der Zecheverband gibt in seiner Antwort auf unsere Eingabe zu, daß sich die Aufwendungen, die ein lediger Arbeiter im Ruhrgebiet für Wohnung usw. machen muß, von 1900 bis 1913 um 40 Prozent erhöht hätten. In derselben Zeit stieg der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft im Ruhrgebiet nur um 30 Prozent. Es ist also auch nicht richtig, daß während der Zeit der Syndikatsverwaltung eine den Verhältnissen entsprechende Lohnverbesserung eingetreten sei.

Über weiter, meine Herren, ist auch nicht richtig, daß unter der Herrschaft des Syndikats wenigstens eine stetige Lohnentwicklung vor sich gegangen sei. Im Gegenteil, vor dem Bestande des Syndikats von 1888 bis 1891, war die stärkste Zunahme der Hauzerlöse 39,7 Prozent, während des Bestandes des Syndikats, von 1893 bis 1900 war sie nur 30,1 Prozent; also während des Bestandes des Syndikats eine geringere Lohnsteigerung. Umgekehrt steht es mit dem Lohnfall. Der Lohn fiel in den Jahren 1891 bis 1893, also vor Bestande des Syndikats, um 9,7 Prozent, fiel aber in der Zeit von 1900 bis 1902 während des Syndikatsbestandes, um 11,4 Prozent (Hört, hört! bei den Soz.), also ein stärkerer Lohnfall während des Bestandes der Kohlenyndikats. Das müssen die Arbeiter bei ihrer Stellung zum Syndikat wohl bedenken.

Meine Herren, dann ein weiteres! Während der Krisenjahre 1908 bis 1910 ist jeweils in einem Jahre der Lohn absolut pro Kopf der Bergarbeiter gedrückt worden: in Niederschlesien um 48 Mk., im Saarland um 76 Mk., in Oberschlesien um 78 Mk., an der Saar um 85 Mk. und an der Ruhr um 210 Mk. (Hört, hört! bei den Soz.) Und da wollen Sie hier hinfreten und sagen: das Kohlenyndikat habe die Arbeiterlöhne wesentlich herabgesetzt? Wo Sie den stärksten Lohnniedergang gerade in dem Gebiet des stärksten Syndikats haben? (Hört, hört! bei den Soz.)

Meine Herren! Es ist keine Kriegsregel — es hat einmal Herr Müller, der einmal Minister gewesen ist, gesagt:

„Wir Werkbesitzer leben mit den Arbeitern im Kriege!“

— daß man die Position eines Gegners, der unsere Gleichberechtigung nicht anerkannt, sondern uns stets abweist und bekämpft, verachtet! (Sehr wahr! bei den Soz.) Stacheln nicht! So dumm sind wir im 20. Jahrhundert selbst in Westfalen nicht mehr! (Sehr gut! bei den Soz.) Sie besonders, die Sie zugeigt sind, den Herren vom Kohlenyndikat den Streikbühl zu halten, die Sie aber auch sagen, daß Sie in gleichem Maße den Mittelstand und den kleinen Mann vertreten wollen. Sie möchte ich ganz besonders auf folgendes aufmerksam machen: Ich habe hier von 35 Ruhrkohlenzechen die Heberkühse seit dem Jahre 1909 bis inklusive 1913. Sie wissen, daß am 1. April 1912 das Kohlenyndikat eine erhebliche Preissteigerung vorgenommen hat; damit hat sich der Fiskus einverstanden erklärt. Die dann aber nochmals im Oktober 1912 beschlossene, am 1. April 1913 in Kraft getretene Kohlen- und Kohlenpreiserhöhung ging dem Fiskus zu weit und deshalb erfolgte die Lösung des Kaufvertrages. Die Herren vom Kohlenyndikat haben erklärt, diese neue Kohlenpreiserhöhung sei notwendig, um die Arbeiterlöhne auszubessern, es sei keine Preissteigerung zur Erhöhung der Gewinne. Hören Sie nun, wie diese Preissteigerung zum Ausdruck gekommen ist! Die 35 Zechen — es befinden sich darunter große wie Gibernia und kleine wie Trappe usw. — hatten einen Kohlenüberschuß — ich nenne nur runde Zahlen — 1909 von 175 Millionen, 1910: 202, 1911: 227, 1912: 272, 1913: 384 Millionen Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) Meine Herren, in 1913 ist der Heberküh gegen 1912 bei den genannten Zechen um 82 Millionen gestiegen und in 1912 schon um 45 Millionen Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) Daraus sehen Sie, meine Herren, daß der Fiskus durchaus im Recht war, als er die im Jahre 1912 beschlossene, 1913 in Kraft getretene Kohlenpreiserhöhung als völlig unnötig und unwirtschaftlich erklärt hat und darum den Vertrag löste. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Preissteigerung von 1913, um die von 1912 positionen zu lassen, war absolut unnötig und ist vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft aus zu verurteilen.

Ich könnte dafür eine ganze Anzahl Zeugnisse aus dem Handels- teil der „Mein- u. Ztg.“ bringen, die den Herren vom Syndikat zu verzeihen Sie den Ausdruck! — wie einer kranken Kuh zugerebet hat, sie sollen doch diese neue Preissteigerung unterlassen, weil sie den Absatz einschränken und auch die Krise im Kohlenyndikat durch Vermehrung der Güttengeden verstärken. Man hat aber nicht gehört, man hat es abgelehnt, dem vernünftigen Warnen zu folgen, Leuten zu folgen, die als Syndikatsfreunde bekannt sind.

Meine Herren! Die Zunahme der Holzgewinne von 1909 bis inkl. 1913 beträgt bei den erwähnten Zechen 90,37 Prozent! (Hört, hört! bei den Soz.) Im Laufe von vier Jahren 90,37 Prozent Gewinnsteigerung! Der Lohn pro Arbeiter ist in derselben Zeit um 19,38 Prozent gestiegen. (Hört, hört! bei den Soz.) Gewinnsteigerung: 90 Prozent, Lohnsteigerung: 19 Prozent! Aber der Lohn der Arbeiter nicht auch noch der Förderung, sondern die in der

19,05 Prozent gestiegen ist, so daß eine reine Lohnsteigerung im Verhältnis zur Steigerung der Förderung pro Arbeiter nur von 0,88 Prozent eingetreten ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Im letzten Jahre ist die Förderung pro Arbeiter um 7 Prozent, der Lohn aber nur um 6,1 Prozent gestiegen.

Meine Herren, obgleich nun die riesigen Gewinne erzielt worden sind, die ich eben verlas, brachten es die Herren Zechebesitzer doch über das Herz, trotz unserer außerordentlichen Teuerungsverhältnisse, den Arbeitern schon im letzten Vierteljahr des vergangenen Jahres

über 7 Millionen Mark Löhne abzugeben.

(Hört, hört! bei den Soz.) Das geht aus den amtlichen Nachrichten über die Löhne hervor, und ich glaube nicht, daß einer der Herren, der nach mir reden wird, diese amtlichen Zahlen als unrichtig hinstellen wird. Und jetzt ist der Lohnbruch besonders stark. Mein, meine Herren, Sie können so viel und so schön reden, wie Sie wollen, wenn Sie das Verhältnis der Arbeiter zum Kohlenyndikat sachlich beurteilen, und wenn Sie mich fragen, wie ich dazu stehe, dann kann ich ähnlich mit Prometheus fragen: Hast du jemals gehört auf unsere Klagen? — Hast du jemals gehört auf die Forderungen der Arbeiter? — Hast du jemals gelobt den Dürftigen? — Hast du jemals den Arbeiter als gleichberechtigten Faktor in der Volkswirtschaft anerkannt? (Sehr gut! bei den Soz.) Hat sich der Fiskus, um auch das zu sagen, jemals bemüht, die Arbeiterorganisationen aufrecht zu erhalten, wie er sich jetzt beim Kohlenyndikat bemüht? (Sehr gut! bei den Soz.) Meine Herren, ich warne Sie auch aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen vor der Unterstützung der Syndikatsmacht; ich warne Sie, dem Fiskus Diktanden zu geben; die darauf hinauslaufen, die privatkapitalistische Syndikatsmacht so zu stärken, daß sie zu einer noch höheren Gemeingefahr wird, als sie es jetzt schon ist. Wir haben schon eine ungeheure kapitalistische Konzentration im Berg- und Glüttenwesen, namentlich im Ruhrgebiet: 80 Prozent aller Arbeiter unter- eben hier einem Konsortium von 11 oder 12 Werkunternehmern!

fabelhafte kapitalistische Konzentration ist vor sich gegangen.

Sie ist zum Teil schon auch angebeutet und charakterisiert in der Begründung der Vergesehnelle, die dem Hofen Kaufe im Jahre 1907 von der Regierung gemacht worden ist, wo es heißt, daß die Vergesehnelle, die zu ihrer Zeit notwendig war, um die geschäftliche Mission des Kapitalismus erfüllen zu lassen, heute nur noch auf dem Papier stehe, daß sich eine gewaltige Verstärkung der kapitalistischen Macht vollzogen hat, daß ein wirtschaftlich Schwächerer nicht wagen darf, gegenüber diesen großen kapitalistischen Konzernn aufzutreten. Das sieht in der Regierungsvorlage resp. in der Begründung zu der Vergesehnelle vom Jahre 1907. Meine Herren, die neuerliche Erweiterung der staatlichen Vergesehnelle ist ja eben auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß ein

Gegengewicht gegenüber dieser gewaltigen privatkapitalistischen Macht

geschaffen werden muß. Warum hat das Königreich Sachsen, der sächsische Fiskus, die Braunkohlenfelder erworben? Aus Furcht vor der isolierten Macht der Elektrizitätswerke, die sich ein Monopol erworben haben und es mit der Ausübung der Braunkohlenfelder in Verbindung bringen. Warum ist in Elbaf-Köthringen, in Baden, in Württemberg die Bewegung im Gange, die eine Zurückforderung der verlorenen Felder verlangt? Herr Althoff, wenn Sie sich gestern auf Elbaf-Köthringen berufen haben und sagten, es dürfe keine Vergesehnelle abgeleitet werden, dann möchte ich Sie daran erinnern, daß ja Ihre Ständegenossen in Luxemburg viel höhere Felderabgaben zahlen, um dort die Erzfelder auszuheben zu können. Dem Luxemburgischen Staate zahlen sie sehr hohe Abgaben; in Preußen aber wollen Sie das nicht tun, hier protestieren Sie sogar gegen die Steuerhebung der Vergesehnelle, die im Jahre 1905 nur uger Hebung gesetzt worden ist.

Die Entwicklung, die wir vor uns sehen, führt zum Trust, (sehr richtig! bei den Soz.) zur Zusammenballung der ganzen kapitalistischen Macht in wenigen Händen. Sie sagen, es ist nicht wahr. Aber man weiß auf Amerika hin und macht Angst und Schrecken vor den „amerikanischen Trusts“. Ich erinnere an den Zigarettentrust und auch an den Margarinetrust, der sich jetzt bilden soll.

Was aber wird in Amerika alles als Trust angesehen?

Ich möchte Ihnen nur ein paar Sätze aus dem von dem damaligen Gouverneur von New Jersey, dem jetzigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, durchgelesenen Antitrustgesetz vorlesen. In diesem Antitrustgesetz, das am 4. Juli 1913 in Kraft getreten ist, wird gesagt:

- Ein Trust ist eine Vereinigung oder Vereinbarung zwischen zwei oder mehreren Korporationen, Firmen oder Personen für folgende Zwecke, und ein solcher Trust wird hiermit verboten:
 - a) Beschränkungen im Handel zu schaffen oder auszuführen oder ein Monopol zu erwerben, sei es im Geschäft oder Verkehr innerhalb des Staates oder mit anderen Staaten,
 - b) die Produktion zu beschränken oder herabzusetzen oder den Preis einer Ware oder irgendeines Artikels zu erhöhen.

Meine Herren, diese Definition trifft schon vollkommen auf die meisten unserer Marktartikel zu. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was in New Jersey verboten ist, das bestimmen die Statuten unserer meisten Syndikate.

Sie machen das Volk graulich vor amerikanischen Trusts;

meine Herren, wir haben die Verkrüftung bei uns viel weiter, viel energischer schon durchgeführt, als es in Amerika der Fall ist. Dort bekämpft die Regierung die trustartigen Gebilde, bei uns werden sie regierungsgestützt gefördert. Wenn Sie den Wünschen der Syndikatsherren nach Beitritt des Fiskus entsprechen, wenn Sie dem Fiskus sogar Direktiven in dieser Beziehung geben wollen, dann desavouieren Sie auch das, was Sie im Jahre 1902 und im Jahre 1904 beschlossen haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Damals, als die westfälischen Zechen erworben werden sollten, machte die Regierung Ihnen eine Vorlage, und in der Begründung dieser Vorlage betonte die Regierung: der Fiskus müsse sich hinsichtlich seines Kohlenbedarfs u. a. für die Eisenbahnen möglichst unabhängig von den Privatwerken machen, auch müsse der Fiskus insoweit sein, den Verbrauchern von Saarkohlen, soweit sie auf den gleichzeitigen Bezug von Ruhrkohlen angewiesen sind, den Bezug der letzteren zu erleichtern und so dem Saarbargbau zu nützen; ferner würde auf die Preisbildung im Ruhrkohlenbergbau Einfluß genommen werden können. Meine Herren, wenn der Fiskus mehr tun soll, als er jetzt schon für das Syndikat zu tun bereit ist, dann wird diese Vorlage, die zu einer

Ausgabe von zirka 60 000 000 Mark

geführt hat, einfach desavouiert. Sie dürfen das nicht, wenn Sie sich erinnern, was Sie beschlossen, welche Unsummen Sie ausgegeben haben für die Erwerbung jener Anlagen, und wenn Sie bedenken, was ich Ihnen dargelegt habe über die Gefahren, die der Rentabilität des Staatsbergbaues drohen, dann dürfen Sie den Fiskus nicht weiter drängen, als er heute schon zu gehen bereit ist. In der Vergesehnelle, die betreffend den Erwerb der Bergwerksgesellschaft Gibernia herausgegeben ist, im Jahre 1904, verweist die Regierung auf die für den Erwerb der westfälischen Kohlenfelder als maßgebend anzusehenden Gründe und sagt:

„Nachdem das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat durch Vertrag vom 31. Dezember 1908 verlängert worden ist, hat sich eine bemerkenswerte Verschiebung der Kräfte vollzogen.“

Es wird dann auf die großen Interessengemeinschaften, auf die Funktionen hingewiesen, die es angezogen erscheinen liegen, den staatlichen Bergbau zu verstärken. Diese Interessengemeinschaftsbildungen, diese Fusionierungen sind inzwischen in erhöhtem Maße vor sich gegangen. Es ist heute noch eine weit stärkere Konzentration der Werke erfolgt. Wenn Sie nun den Fiskus nötigen wollen, alles das, was er in seinen Vorlagen gesagt hat, welchen Sie zugestimmt haben, zu desavouieren, haben Sie auch die volle Verantwortung dafür zu tragen. Wir sind keine unbedingten Freunde des fiskalischen Bergbaues.

Wir kennen — wir werden auch noch darüber reden — die Schwächen des fiskalischen Bergbaues, namentlich in bezug auf die Arbeiterfragen sehr gut. Wir sind Anhänger der Verstaatlichung des Bergbaues und der Demokratisierung unserer öffentlichen Einrichtungen. Wenn Sie das als eine Utopie, als eine Phantasterei bezeichnen, bitte, erinnern Sie sich daran, daß es öfter Perioden in der Weltgeschichte gegeben hat, wo man weniger, die ausgebreiteten sind gegenüber der Tagesmeinung, zugehört hat: Phantastien, Utopien! Über gar: Sie sind voll des Jähns Meines! Wir haben aber die Genugtuung, zu bemerken, daß aus den bürgerlichen Kreisen heron

die Sozialisierung der Produktionsmittel einlegen. Ich erinnere Sie an einen unserer hervorragenden Volkswirtschaftler, an

Professor Dr. Adolf Wagner.

Er hat im vorigen Jahre auf dem evangelisch-sozialen Kongress in Hamburg sich ausdrücklich für die Verstaatlichung der großen Betriebe ausgesprochen. Derselbe Professor Wagner hat 1905 bei den kontinentalen Verhandlungen über den Stahlwerksverband ausdrücklich die Lehre von Karl Marx, die da sagt, daß sich eine große Klasse aus den Besitzern und Unbesitzenden, eine große Klasse aus den Kapitalisten und Kapitallosen ausbilden wird, als richtig anerkannt.

Sie mögen beschließen, was Sie wollen, Sie mögen sagen, was Sie wollen, Sie mögen bleibe oder jene meiner Ausführungen bekräftigen; wenn Sie das Gesamtbild unserer wirtschaftlichen Entwicklung vor Ihrem geistigen Auge neu passieren lassen, werden Sie mit mir über die Lebensfrage kommen, daß wir recht haben, wenn wir sagen: der Sozialismus marschiert! (Lebhaftes Bravo bei den Soz.)

Welchen Eindruck diese Rede unseres Kameraden Hue selbst auf Gegner der Arbeiterbewegung machte, zeigen folgende Ausführungen des konservativen Abg. v. Papenhelm:

Ich möchte noch mit ein paar Worten auf die letzte Rede eingehen, die wir eben gehört haben und die sich — das erkenne ich von vornherein an — wesentlich von den Reden unterscheidet, die wir von Vertretern der Partei des Herrn Abgeordneten sonst zu hören hier Gehör gefunden haben, sehr zu ihrem Vorteil unterscheidet. Es ist ganz selbstverständlich, und ich halte das für ganz natürlich, daß die Schlussfolgerungen, die bei der Auffassung, die diese Herren haben, andere sind als die unsrigen. Aber es ist doch anzuerkennen, daß mit einer gewissen Sachlichkeit und mit einer gewissen Kenntnis der Verhältnisse hier die Vorbedingungen zur Erwägung gestellt worden sind, und das ist schon ein großer Fortschritt, der uns die Möglichkeit einer sachlichen Auseinandersetzung gibt, und ich gehe deshalb noch mit ein paar Worten darauf ein.

Abg. Hansen-Leber-Oelsenkirchen:

Das Kohlenhindertum war ein „rocher de bronze“ in schweren Zeiten. Deshalb behaupte ich hier entgegen den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hue, daß wir in Westfalen unter den 400 000 Bergarbeitern, die zur Zeit beschäftigt werden, einen sehr großen Prozentsatz haben, der den indirekten Wert des Kohlenhindertums für die Lohnverhältnisse und für eine gleichmäßige Lohnpolitik erkennt. Wäre die sozialdemokratische Partei bei uns in Westfalen diese Anschauungen, die heute Herr Hue geteilt hat, weiter verbreiten, so sehe ich mit Vertrauen den nächsten Wahlen entgegen; die sozialdemokratische Partei dürfte dann wohl wesentlich an Stimmen verlieren.

Wir haben nun die Rede unseres Kameraden Hue nach dem amtlichen Stenogramm gebracht; daselbe hat die Arbeiterpresse getan, damit Herr Hansen-Leber mit Vertrauen den nächsten Wahlen entgegensehen kann.

Abg. Hermann Zmbusch zitierte eine Auslassung aus dem Antwortschreiben des Reichsverbandes auf unsere Protesteingabe gegen die Lohnabzüge und Arbeiterentlassungen und bemerkte dazu:

Was ergibt sich aus dieser Auslassung? Daraus ergibt sich, daß die Werksbesitzer vor allem daran denken, daß die eigenen Gewinne und Ueberflüsse hoch bleiben, und erst in zweiter Linie daran denken, daß den Bergarbeitern ausreichende Löhne zu zahlen.

Und den Werksbesitzern, die nach Zmbusch vor allem nur an den eigenen Vorteil denken, haben die „Christen“ 1912 Streikbrecherdienste geleistet und mit Hilfe von etwa 6000 Gendarmen, Militär und Maschinengewehren den ansichtsreichen Streik gebrochen.

Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen

führte unser Kamerad Otto Hue am 12. März 1912 im preussischen Landtag u. a. aus:

Der Herr Oberbergshauptmann hat vorlesen zu meiner Freude gesagt, daß der Fiskus, wenn eine ungünstigere Konjunktur eintritt, den Lohn nicht herabsetzen will. Tatsächlich sind aber schon im Jahre 1912 die Löhne im fiskalischen Saarbergbau teilweise, nämlich im zweiten Vierteljahr, gesunken. Er ist aber, wenn man die Löhne der Saarbergleute im Jahre 1890 im Vergleich mit den Löhnen im Ruhrgebiet, nicht zu vergleichen, dabei hervorzuheben, daß nach meiner Ueberszeugung die schlechte Lohnentwicklung im Saarbergbau ihre Ursache in der Zerstückelung der Organisation der Saarbergleute im Jahre 1893 hat. Wäre der Reichsverband der Saarbergleute bestehen geblieben, hätte man ihn nicht mit den bekannten brutalen Mitteln zerstückelt, dann würde sich die Lohnentwicklung im Saarbergbau günstiger gestaltet haben, und wir hätten nicht die Klagen über Verarmung zu registrieren, von denen auch Herr Selius vorhin einen Teil vorgetragen hat.

Zu selbst habe eine Umfrage über die Lohnbedingungen bei den im Bezirk der Stadt Gumbinnen wohnenden, aus dem Saargebiet eingewanderten Leuten veranstaltet, und da hat sich ergeben, daß von 191 nicht weniger als 43 jetzt noch im Ruhrgebiet mit Lohnbedingungen verfolgt werden, um die Schulden zu decken, die sie im Saargebiet zurücklassen mußten. Unter diesen Leuten gibt es nach meiner Aufzählung eine große Anzahl, die über 200 Mark Schulden, es gibt auch eine ziemliche Anzahl, die über 400 Mk., ja über 800—900 Mk. Schulden im Saargebiet abzutragen haben.

Daß die Abwanderung der Arbeiter mit den schlechten Lohnverhältnissen zusammenhängt, so daß man also, wenn man bessere Löhne zahlt, die Arbeiter behalten kann, das hat uns kein Geringerer bestätigt als der

Generaldirektor der Fürstlich-Bischöflichen Gruben

in Niederschlesien, Herr Reinsdorf, der auch während der Verhandlungen des Bezirks-Gewerksrats in Breslau im Juli vorigen Jahres über die Kohlenpreise für Niederschlesien ausdrücklich erklärte, daß die Klagen über die niedrigen Löhne in Niederschlesien berechtigt seien; das könnte nicht ernst genug genommen werden. Die niedrigen Löhne erzeugten Unzufriedenheit, sie veranlassen die Arbeiter abzuwandern. Es wanderten gerade die kräftigsten Arbeiter. Man habe sich alle Mühe gegeben, finanzielle Opfer für „reichstreue“ Arbeitervereine und „reichstreue“ Arbeiterretariate gemacht, um auf die Arbeiter einzuwirken, daß sie bleiben sollten, aber es habe nichts genutzt, — übrigens ist das auch ein Eingehändnis der intimen Verbindung der gelben Werkvereine mit den Werksbesitzern. Und dann hat in derselben Verhandlung der Herr Knappschuß-oberarzt Dr. Müller für Niederschlesien in aller Form angegeben, daß die Klagen des Bergarbeiterverbandes in seinen wiederholten Eingaben an die Behörden über die schlechten Löhne, die miserablen Wohnverhältnisse, die hohen Krankheitsziffern, die hohen Arbeitslosenziffern in Niederschlesien durchaus zuträfen. Meine Herren, Sie wissen ja, daß Niederschlesien der Bezirk ist, von wo eine sehr stark abwandernde Zahl von Bergarbeitern nach dem Westen stattfindet, so daß die Zukunft dieses Gebietes, wenn es so weitergeht, ernstlich in Frage steht. Bessere Arbeitslöhne sind das Hilfsmittel; sie sind auch, wie aus einer Rentabilitätsberechnung des Herrn Generaldirektors Williger hervorgeht, in Niederschlesien möglich. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Daselbst tritt für Oberschlesien zu. Herr Storzant hat mit Recht die standortliche Verteilung gegen die freiziehenden Arbeiter in Oberschlesien heraufgehoben.

Streik in Oberschlesien im vorigen Jahre

was, wie überhaupt alle die großen Bergarbeiterstreiks in Deutschland, nur der Ausdruck der Empörung einer lange niedergedrückten und schuldlos gelohnten Arbeiterklasse und hatte mit Parteipolitik nichts zu tun. Die ober-schlesischen fiskalischen Werke sollten sich gegen die beiden ungeliebten Gewerkschaften, die Oberschlesien abwirft, ein Durchschnittslohn von 3,76 Mk. im Jahre 1912, gegenüber 1911 nur eine Steigerung von 4 Pf. pro Schicht, erlauben unumwunden für einen Betrieb, von dem einmal ein Drittel der Arbeiter abgeht, er solle als Staatsbetrieb ein Musterbetrieb sein. Ein Musterbetrieb ist es nicht, wenn man den Gewinn in einem Jahre nur um 8 auf 12½ Millionen Mark steigert und den Bergarbeiterlohn nur um 4 Pf. pro Schicht aufbessert, oder eigentlich verliert im Vergleich zu der Forderung. Der Fiskus will noch sagen, daß er bei den außerordentlich hohen Lebensmittelpreisen in Oberschlesien die Arbeiter in unwürdiger Weise entlohnt.

Der die miserable Lebenshaltung der ober-schlesischen Arbeiter, die nichtausreichenden Wohnverhältnisse in Oberschlesien kennt und Arbeiterfreund ist, muß mit mir die Meinung sein, daß die Arbeiterklasse durchaus darauf Anspruch hat, daß sie eine bessere Bezahlung bekommt, damit menschenwürdige Zustände eingeführt werden. Statt aber den Arbeitern human entgegenzukommen, statt sie in ihrer Menschenwürde zu heben, plant dem Vernehmen nach der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein

eine noch viel schlimmere Knebelung der Arbeiter

dort. Er will wohl dem wenig rühmlichen Beispiel der Ruhrgrubenbesitzer folgen; es soll nach einer mit ausgegangenen Auskunft der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein planen, die Einstellung einer Organisation, die genau wie der rheinisch-westfälische Gewerksverband sich verhält, die Arbeiter nach einem Streik noch zwei Monate auszusperren. (Hört, hört! bei den Soz.) Mit dieser Auslieferung hängt dann zusammen die Herausgabe von Schwarzem Listen. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Herausgabe bis zum wirtschaftlichen Nihil der Arbeiter. Ich erinnere Sie daran, daß wir im Reichstags im Jahre 1908 Schwarzem Listen aus dem Ruhrgebiet vorlegten, worauf nicht weniger als circa 4500 Arbeiter mit Namen verzeichnet waren, die ausgesperrt wurden wegen angeblichen Streikbruchs und noch ausgesperrt werden sollten bis zu sechs Monaten. (Hört, hört! bei den Soz.) Dieses System der Arbeiterauslieferung und -ausperrung durch Unterbrechung der Menschenwürde der Arbeiter, das will nun auch der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein in seinem Bezirk einführen. Ferner will er einen Zwangsarbeitsnachweis nach dem Muster im Ruhrgebiet, diese „Sortiermaschine“ einführen, die die Arbeiter zu einem Stück Viehbetriebsrichtung degradiert. Damit provoziert man die Arbeiter in der brutalsten Weise und bringt sie zum Kampfe für ihre Freiheit. Erstürmte Kämpfe werden deshalb in Schlesien kommen, so gut wie in den anderen Meibern, wenn die Herren in der Entlohnung der Arbeiter und in dem Lohnrückgang fortfahren. Der Wind fadet, muß Sturm eintreten! (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wie steht eigentlich der Fiskus zu den Mittelungen? Kann der Herr Oberbergshauptmann uns Auskunft geben über die geplante Einführung der Organisation des Zwangsarbeitsnachweises, Aussperrungs- und Schwarzem-Listen-Verbotes? Werden sich eventuell die Vertreter des Fiskus diesem Verband anschließen? Im Ruhrgebiet gehört der Fiskus dem Reichsverband meines Wissens nicht an. Es wäre mir sehr erfreulich, wenn ich hörte, daß sich der Fiskus in Oberschlesien von der Organisation gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiter fernhalten wollte.

Ich habe Ihnen auf den Tisch des Hauses eine Kollektion

Abbildungen von Arbeiterwohnungen

hingelegt und gestalte mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, in welcher Weise ganz in der Nähe von Berlin — die Abbildungen stammen aus dem Ceintzenberger Bezirk in der Lauff — in welcher Weise in der Nähe der vielen Reichshauptstadt Berlin Arbeiter, die in großer Menge den Herren Aktionären Gewinne aufzuzeigen, untergebracht werden. Sie bemerken dort grauenhafte Wohnverhältnisse. So haufen, so verkommen, so verelendete Arbeiter einer Industrie, in der jährlich 15, 20, 25 bis 27 Prozent Dividende nach riesigen Ausschreibungen ausgeschüttet werden; (Hört, hört! bei den Soz.) so haufen Arbeiter, die den Prämienabnehmern Millionen Gewinne aufzuzeigen. Sehen Sie sich bitte die Bilder an, würden mit großem Interesse von den Abgeordneten bestaunt, bedenken Sie, was es heißt, in solchen Behausungen, in die man nicht einmal ein Stück Vieh hineinstellen möchte, zu leben, was es bedeutet, daß solche Köhler als Menschenabwärtigen trotz solcher Verhältnisse existieren!

Sodann möchte ich folgendes über die fiskalischen Werke in Rüdersdorf und den Betrieb in Rüdersdorf bei Berlin sagen. Hier ist der Betrieb wegen Ueberproduktion, die auch im Zusammenhang mit der vorgelegten charakteristischen Grundstücksverteilung entstanden, aber auch wegen der schlechten Lage auf dem Baumarkt eingekerkert. Es ist ein neuer Leiter hinzugekommen, der ganz besonders schneidig vorgehen soll. Mir wurde von Arbeitern des Werkes Rüdersdorf geschrieben, es seien noch etwa 1100 Arbeiter beschäftigt, es ergäbe sich aber das Gerücht, daß

etwa 300 Arbeiter entlassen werden sollen.

Ich bitte den Herrn Oberbergshauptmann, doch Auskunft zu geben, ob Arbeiterentlassungen geplant sind, oder ob es sich nur um ein falsches Gerücht handelt; denn wenn es zutreffend sein sollte, daß man in diesen Zeiten der großen Arbeitslosigkeit in den meisten Gewerben noch mehrere hundert landungslose Arbeiter in Rüdersdorf entlassen wollte, dann könnte man ein solches Verfahren nicht scharf genug mißbilligen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ich möchte hierbei ein hervorheben. Im vorigen Jahre, vom 1. Mai ab — wahrscheinlich zur Verherrlichung unseres Reichstages — ist die Arbeitszeit auf den fiskalischen Hüttenwerken in Rüdersdorf von 10 auf 8 Stunden ermäßigt worden. Aus der Leistungsrechnung ergibt sich, daß trotz der Abkürzung der Arbeitszeit um 2 Stunden die Leistung pro Arbeiter dieselbe geblieben ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist erfreulich; es ist wieder ein Beweis für die Berechtigung unserer Forderung auf Abkürzung der Arbeitszeit auch im allgemeinen Interesse.

Die Löhne der Rüdersdorfer Arbeiter sind durchaus nicht den Nahrungspreisen entsprechend. Die Löhne betragen an Schichtlohn 3,10 Mk., die Steinbrecher 2,50 Mk., die Fördermänner erster Klasse 2,20 Mk., die Fördermänner zweiter Klasse 2,00 Mk. Die ständig im Schichtlohn stehenden Arbeiter bekommen 20 Pf. täglich hinzu, so daß also der höchste Schichtlohn erwachsener tüchtiger Arbeiter 3,30 Mk. beträgt. In der Nähe von Berlin Rüdersdorf ist durchaus kein billiger Ort, wie jeder weiß, der sich dort anläßlich eines Bergfestes aufhalten hat.

Im Beding, allerdings bei schwerer Arbeit, im Durchschnitt sowohl wie im Durchschnitt, werden zwischen 4 und 6 Mk. verdient. Auch dieser soziale Lohnunterschied im Beding ist sehr beachtlich und die Bergbehörden sollten auch darauf ihr Augenmerk richten, damit ein besserer Ausgleich der Löhne stattfindet. Die Lohnverhältnisse im allgemeinen sind in Rüdersdorf nach dem Vermögensverhältnis so, daß 1912 der Durchschnittslohn im Bergbau, Schichtlohn und Akkordlohn zusammen 4,16 Mk. betragen hat, in der Brennerei 4,57 Mk. für Maschinisten und Bauleute 4,35 Mk. für Schmiede und Schlosser 4,21 Mk. Ich behaupte, daß mit solchen Löhnen auch in Rüdersdorf nicht auskommen ist, und erjude, diese Löhne aufzubessern.

Meine Herren! Ich habe schon vorher über die ungeheuer reichen Erträge der fiskalischen Kaiserwerke gesprochen und will darauf verweisen, mache aber noch mal darauf aufmerksam, daß die Löhne der großen Ueberproduktierung durchaus nicht entsprechen.

Die Förderung pro Arbeiter ist bei Viernburg von 1908 bis 1912 von 344 auf 416 T. gestiegen. Der Lohn beträgt im letzten nachgewiesenen Jahre, 1912, nur durchschnittlich 4,08 Mk. pro Schicht. Bei einem Wert der Arbeitsleistung von durchschnittlich 3598 Mk. beträgt der Jahreslohn nur 1243 Mk. (Hört, hört! bei den Soz.) Da kann man wirklich nicht von einer der Leistung entsprechenden Lohnzahlung reden. Das trittere ist, an dem fiskalischen Betrieb. Gegenwärtig ist es in Rüdersdorf und Staffort. Leider werden diese Werke neuerdings nicht mehr getrennt nachgewiesen. Es ergibt sich aus dem Betriebsbericht, daß von 1911 bis 1912 der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft von 4,08 Mk. auf nur 4,15 Mk. gestiegen ist. 7 Pf. Lohnzunahme in einem Jahre, in welchem der Betriebsüberschuss von 5,3 auf 5,6 Millionen Mark oder auf durchschnittlich 3900 Mk. pro Arbeiter gewachsen ist! (Hört, hört! bei den Soz.)

Auf den Oberberger Werken ist von 1908 bis 1912 der Ueberflus pro Arbeiter von 312 auf 371 Mk. gestiegen, dagegen der Lohn nur von 3,02 auf 3,28 Mk. Auf dem Gemeinshaftsbetrieb Rammelsberg betrug der Lohn im letzten Betriebsberichtsperiode durchschnittlich 3,56 Mk. bei einem Ueberflus von 1613 Mk. pro Arbeiter.

Die Lebensverhältnisse im Harz

find nicht mehr wie vor Anno Solvay Zeiten, sondern die Fremdenindustrie, die dort sehr stark ist, hat so außerordentlich hohe Lebensmittelpreise erzeugt, daß die Löhne, wie ich sie genannt habe, unter keinen Umständen als auskömmlich bezeichnet werden können. Das gleiche gilt vom Gemeinshaftsbetrieb Oberharz; hier ist der Ueberflus pro Arbeiter in den letzten fünf Jahren von 252 auf 585 Mk. gestiegen, dagegen der Lohn nur von 3,02 auf 3,20 Mk. und der Lohn pro Tonne Kohlen ist sogar von 6,14 auf 5,47 Mk. gefallen; also eine bedeutende Ermäßigung der Lohnkosten ist eingetreten. Ich will auch hier die Bitte aussprechen, das Leiden bezugnehmend auf die fiskalischen Werke am Harz, wo die Förderung pro Arbeiter in den letzten fünf Jahren von 297 auf 227 T. gestiegen ist, der Wert der Förderung von 2169 auf 2020 T. während der Lohn 1912 nur 3,82 Mk., 14 Pf.

mehr wie 1907 betrug, daß auch hier eine bessere, gerechtere Lohnzahlung stattfindet.

Nun schließlich noch zu den westfälischen Gruben! Ich habe Ihnen schon vorgestern mitgeteilt, daß im letzten Jahre nach Ausweisen der Abrechnung von 85 Werken ihr Kohlerückstand im letzten Jahre um 62 Millionen in die Höhe gegangen ist, daß man es trotzdem fertig brachte, im letzten Vierteljahr 1912 die Gesamtlohnsumme der Arbeiter um über 7 Millionen zu brücken. (Hört, hört! bei den Soz.) Meine Herren, ich muß leider sagen, daß sich an diesem Lohnrückstand auch die

fiskalischen Werke bei Gladbek und Heddinghausen

beteiligt. Vor einigen Wochen habe ich mit dort schaffenden Arbeiter Rücksprache genommen. Da wurde mir mitgeteilt, daß seit Monaten, und zwar in der Hauptsache seit Oktober v. J., also ungefähr um dieselbe Zeit, wo die privaten Werke anfangen, zu brücken, auf der Zeche Schölen Lohnrückstand, Gebührende stattfinden, z. B. wurde in einem Fall das Beding von 2 bis 2,80 Mk. auf 1,50 Mk. pro Wagen heruntersetzt. (Hört, hört! bei den Soz.) Auf der Zeche Rheinbaben klagen die Arbeiter über das Prämienwesen und über das rigorose Verfahren beim Gebührendeabmachen, das sich auch in den letzten Monaten außerordentlich geltend gemacht habe. Auf der Zeche Beginnung sind die Löhne der von mir befragten Arbeiter — es waren nicht wenige — im Januar d. J. 80 bis 80 Pf. niedriger gewesen, als im vorigen Jahre etwa um dieselbe Zeit. (Hört, hört! bei den Soz.) Infolgedessen herrscht dort ein ziemlich starker Arbeiterbeschwerd; Lohnrückstand — Arbeiterbeschwerd, Ursache und Wirkung. In Westfalen, ebenfalls eine fiskalische Grube, ist das gleiche zu konstatieren. Ich möchte hervorheben, daß in den fiskalischen Werken in Westfalen entsprechend den dortigen geologischen Verhältnissen eine hohe Temperatur herrscht. Ein großer Teil der Arbeiterschaft arbeitet fast nackt und dabei rinnen ihnen der Schweiß vom Leib herunter. So hoch sind die Temperaturen dort. Sie können sich die Quaderzeit vorstellen. Ich glaube, daß für eine solche schwere, körperzerstrende Arbeit ein sehr guter Lohn gezahlt werden muß.

Deshalb bitte ich den Herrn Vertreter der Bergbehörde, sehr Augenmerk doch auch auf

die geschwundenen Lohnrückstände

zu richten, die im Vergleich namentlich in den letzten Monaten vorzunehmen. Das Beding oder der Lohn soll zu einer Zeit festgesetzt werden, daß der Arbeiter noch die Möglichkeit hat, vor Eintritt des schlechten Bedinges oder Lohnes die Arbeit zu verlassen. Wenn das nicht geschieht, gibt man den Arbeitern nicht die Möglichkeit, sich durch Kündigung den verschlechterten Arbeitsverhältnissen zu entziehen; dann geschieht die neue Lohnfestsetzung geschwunden (sehr richtig!) wie jeder Kenner der Arbeitsordnung und des Berggesetzes weiß.

Weiter, meine Herren: als im Jahre 1908 im Reichstags das Gesetz über die Maß- und Gewichtsordnung beraten wurde, da haben meine vortrefflichen Freunde den Antrag gestellt, daß die Arbeiter in Westfalen nicht nur geschäftlich, sondern auch nachgekauft werden sollten. Mein Freund Sachs hat damals eine Reihe von Fällen als Beweis dafür vorgeführt, daß es auf gewissen Werken üblich ist, die Wagen, die nach einem bestimmten Maße gebaut und geschäftlich sind, je nach Bedürfnis der Bedingverwaltung mit

einem sogenannten „Stehkragen“

einem Aufsatz zu versehen. (Hört, hört!) Man verlangt also eine höhere Wagenfüllung, als dem getriebenen Maß entspricht. (Hört, hört!) Diesbezüglich kann man geradezu von einer geschwundenen Förderung reden. (Sehr wahr! bei den Soz. und im Zentrum.) Und dagegen protestiere ich mit aller Entschiedenheit!

Meine Herren, wenn der „Stehkragen“ nur aufgesetzt würde, um das Herabfallen der Erde zu verhindern, so könnte man damit einverstanden sein. Ich mache aber den Herrn Oberbergshauptmann darauf aufmerksam, was mit erkrankten Bergarbeitern, namentlich auch Schwachmännern mitgeteilt haben: die aufgesetzten Steile fallen beim Transport von dem Wagen herunter, sie fallen in die Straße, werden zerstampft, zerplatzt, es bildet sich so reichlich der gefährliche Kohlenstaub, der, wie die Sachleute wissen, in bedeutendem Maße zur Verunreinigung der Luft im Bergbau bei Explosionen beiträgt. Ich möchte also den Herrn Oberbergshauptmann dringend bitten, der Frage der Ueberfüllung der Förderwagen auch im Interesse der Grubenbesitzer seine Aufmerksamkeit zu schenken.

Und schließlich — ich komme damit zum Schluß — ein Wort über das Strafmaß, das oft nicht anders als ein Lohnraub bezeichnet werden kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auf den Ruhrgruben; über die mir einwilligend allein Mitteilungen vorliegen — im ganzen kommen 118 in Betracht — sind im Jahre 1912 920 000 Mk. und im Jahre 1913 1 141 000 Mk. Strafgebühren einbehalten worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Die meisten Strafen wurden verhängt, wie es heißt, wegen willkürlichen Feierns und sonstiger Vergehen. Meine Herren, was willkürliches Feiern und sonstige Vergehen ist,

darüber entscheidet allein der Ankläger,

nämlich der Betriebsbeamte, der Ankläger, Richter und Exekutivbeamter in einer Person ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Das ist ein auf den Kopf gestelltes aller Rechtsbegriffe, wie man es sich toller gar nicht denken kann. Hier muß eine Instanz geschaffen werden, die auf Beschwerde nachprüft, ob die Anlagen und Strafbefugnisse auch wirklich begründet sind.

Meine Herren, Sie können sich drehen und wenden, wie Sie wollen — ich meine die Herren von der Bergbehörde und die Herren Privatunternehmer — wir müssen zu einer zeitgemäßen Lohnregulierung im Bergbau kommen, wir müssen dieses Bedingssystem, das nichts anderes ist als ein Gewaltsystem, als eine Vergeßlichkeit der wirtschaftlich Schwachen, beiseite zu werfen, wir müssen zu einer tarifvertraglichen Lohnfestsetzung kommen.

Tarifverträge müssen wir einführen.

(Zuruf.) — Gewiß, Herr Althoff, Sie sind dagegen. Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, daß wir laut der Statistik des Reichsamts des Innern in Deutschland schon tausende Tarifverträge haben. Leider fehlt der Bergbau. Wollen Sie behaupten, Herr Althoff, daß es im Bergbau nicht möglich ist, Tarifverträge abzuschließen? Ich will darüber ein paar Worte sagen.

Zunächst steht doch fest, daß in England seit Jahrzehnten in Belgien auch schon seit einigen Jahren und in Amerika ebenfalls seit Jahren Tarifverträge im Kohlenbergbau abgeschlossen sind. (Hört, hört! bei den Soz.) Wenn Sie entgegenen, daß dort andere geologische Verhältnisse seien, und daß darauf Rücksicht zu nehmen sei, daß wir hier in Deutschland nicht die regelmäßigen Lagerungen wie dort haben, so möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, Herr Althoff, — und das werden mir die anwesenden Vergabeleute bestätigen — wir haben sogenannte Generalabdinge, die Monate, ein halbes, ein ganzes Jahr lang bestehen, es läßt sich also sehr wohl eine langfristige Lohnregulierung auch im Bergbau erwidern, wenn die Bedingverwaltungen nur wollen. Ich will aber, da Sie doch Wert darauf zu legen scheinen, hier mit einem Tarifvertrag aus dem deutschen Bergbau auszuweichen. Wir haben tatsächlich einen Tarifvertrag, und zwar in einem deutschen Bergbau. (Zuruf bei den Nationalliberalen.) — Ja, gewiß, es handelt sich um das Kaiserbergwerk, Serringen an der Wehra. Dieser Tarifvertrag ist allerdings unter einem gewissen Druck mit den Arbeitern abgeschlossen worden. Er datiert schon aus dem Jahre 1911, heute haben wir 1912, und die darin festgesetzten Bedingeläge bestehen heute noch. (Hört, hört! bei den Soz.) Und da wollen die Herren aus Unternehmerrückgriff behaupten, es sei nicht möglich, im Bergbau den Tarifvertrag einzuführen?

Dann möchte ich noch sagen: als wir 1910 das Kaisergesetz im Reichstags machten — der Herr Oberbergshauptmann war daran auch sehr stark beteiligt — hat uns ein Herr aus dem Reichsamts des Innern einen langen Vortrag über die Möglichkeit, im Bergbau Tarifverträge abzuschließen, gehalten, und die Herren vom Reichsamts haben uns auch mit Aufdrücken bombardiert, worin es hieß, daß aus technischen und geologischen Gründen ein Tarifvertrag im Bergbau nicht möglich sei. Wir haben aber nun den handgreiflichen Beweis, daß er möglich ist. Ich habe den Tarifvertrag hier. Es kommt im Grunde darauf an, ob man mit den Arbeitgebervertretern über den Abschluß von Tarifverträgen verhandeln will. Will man es, dann wird das Ziel auch erreicht. Die Arbeiter aller gewerkschaftlichen Richtungen verlangen den Abschluß von Tarifverträgen. Entschließen Sie sich endlich, mit den Arbeitgebervertretern als gleichberechtigte Faktoren zu verhandeln. Ich bitte den Herrn Vertreter des Fiskus, in der Richtung des Abschlusses von Tarifverträgen zu wirken und den Herren Privatunternehmern mit gutem Beispiel voranzugehen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehe Einfahrer-Lippe. Wie die Bergbehörde hinter's Licht geföhrt wird, beweist folgender Fall: Am 28. Februar nachmittags verunglückte ein Arbeiter auf Schacht II dieser Sehe. In der Nachtschicht wurden dann an genannter Stelle Bahnen und Ringe eingebaut, um alles schon vorzugen. Am 28. Februar ist der Einfahrer eingetroffen, um die Unglücksstelle einer Revision zu unterziehen. Selbstverständlich war alles in bester Ordnung. Wundern muß man sich, daß dieses dem Einfahrer nicht aufgefallen ist. Wenn doch neue Bahnen und Ringe eingebaut sind, muß das doch auffallen. Auch hat man schon dreizehn Meter abgeteuft und noch keinen Ring eingebaut, die Stöße blieben unberogen. Wie leicht kann von den Stößen etwas herabfallen und die Arbeiter verletzen! Auch die Bahnen sind schlecht, fast jede zweite Sprösse ist schadhaft. Eine Wähne ist nicht vorhanden, oben wird geföhrt und unten abgepöfcht. Auf alle diese Mißstände wird nicht geachtet, desto mehr die Antreiberei von den Beamten besorgt.

Sehe Petrus (Höherufer). In der Waschanstau laufen hier die Brausen sehr mangelhaft. Auch über die Anpflanzzeit bei der Seefahrt werden berechtigte Klagen geführt. Morgens beginnt dieselbe allerdings schon 6 bis 10 Minuten vor der festgesetzten Zeit (8 1/2 Uhr), mit der Ausfahrt mittags hält es aber nicht so genau. Die Löhne sind ebenfalls stark zurückgegangen. Auch die Frageführer von 1912 werden nicht berücksichtigt. Die Früchte des Streikbruchs von 1912 reifen auch für diejenigen, die glauben, durch ihre Herausgeberdienste sich die dauernde Mühsal der Seheverwaltung zu sichern; was in ihnen jetzt vorgeht, verraten ihre langen Gesichter zur Genüge.

Sehe Hermann (Salm). Von den Arbeitern werden hier Klagen darüber geführt, daß auch bei Temperaturen von über 28 Grad Celsius acht Stunden gearbeitet werden muß, obwohl das ungesund ist. Arbeiter, welche die Temperatur nachgemessen hatten, sagten der Bergbehörde, einmal unberührt zu kontrollieren. Wenn sich die Bergbehörde aber vorher anmeldet, kann allerdings nichts bei der Kontrolle herauskommen. Eine unerhoffte Kontrolle ist um so notwendiger, weil Arbeiter, die bei einer Temperatur von 28 Grad, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, ausführen, benachteiligt wurden und nur einen Lohn von 8,10 M. pro Schicht erhielten.

Sehe Katharina (Kran). Die Früchte des „christlichen“ Streikbruchs von 1912 beginnen auch hier zu reifen. Lohnabhängige für Schichtarbeiter wurden am 11. und 12. März von Steigern sämtlicher Reviere bekannt gegeben, und zwar pro Schicht bis zu 80 Pf. Sogar alten Invaliden mit einem Lohn von 8,50 M. wurden noch 10 Pf. abgezogen. Den Gehilfenarbeitern ist schon seit drei und vier Monaten das Gedinge nach unten geregelt worden, so daß noch eben 8,10 M. erzielt werden können. Löhne von 5,40 M., 5,80 M., 5,70 M. sind keine Selbstverständlichkeit mehr. Ebenfalls ist das Verfahren von Überwachern eingestellt worden, von dem reiner zuger Gebrauch gemacht wurde (bis jetzt in einem Monat). In diesem Jahre wurden Feierlichkeiten wegen Mangel an Absatz am 6. Januar und 28. Februar eingelegt. Ebenfalls sind Feierlichkeiten in Aussicht gestellt für die zweite Hälfte dieses Monats. Den „christlichen“ Kanonikern und den Gelben gefällt dieses Mißgeschick nicht besonders, sie schweigen, aber ihren Kummer tut, um nicht noch verhöhnt zu werden.

Sehe Neumühl. Hier mehren sich die Mißstände von Tag zu Tag. Der chronische Holzangel ist ja bekannt, aus allen Steigerrevieren hört man Klagen. Trotzdem wird immer drauflos geschuftet und es heißt: Kohlen, Kohlen! Die Verlegung der Schicht ist für diejenigen dienen sollen, die wegen zu schlechtem Verdienst und zu schlechter Behandlung diesen „Musterpflanz“ den Rücken geleitet haben. Es ist deshalb gar kein Wunder, wenn die Beamten sich über die schlechte Leistung beklagen, denn es wird von Männern der Verhältnisse behauptet, daß nicht ein Fünftel der Verlegung Neumühls praktische Bergarbeiter seien. Im Revier 15, als Präsident, herrschen ganz andere Zustände. Das Gebirge (Sangande) enthält viele sogenannte Wessler, die für den Bergmann sehr gefährlich sind. Dort ist ein Bergfried aufzubauen, in dem fünf Streden sind, welche dieses 16 Meter angestrichen waren. Am 7. März merkten die Leute dieses Vertriebspunktes schon, daß das Gebirge in Bewegung war, sie konnten dem aber nicht vorbeugen, weil kein Holz da war. Am 8. März gingen Streden und Streden zu Bruch. Zum Glück war niemand beschäftigt. Wäre Menschenleben wären vernichtet, wenn dieses an einem Arbeitstage passiert wäre, wo in jeder Strede drei bis vier Mann arbeiten? In diesen zusammengebrochenen Streden soll zwei bis drei Wochen lang richtiges hartes Holz zum Verbaue gewesen sein, mit sogenannten Kalksteinen ist notdürftig verbaut worden. Daß dieses nicht halten kann, weiß jeder Bergmann, auch die Verwaltung. Wenn durch diese Ursachen ein Todesfall oder gar eine Katastrophe vorkommt — was nicht auszuschließen ist —, so ist die Schuld der Verwaltung bezumeßen. Auch über sonstige Mißstände wird in diesem Revier geklagt: die Bremsberge sollen in sehr schlechtem Zustande sein, Barrieren (Sicherheitsstangen) kennt man im sogenannten Hitzberg nicht. Auch der Signalort ist an mehreren Stellen zusammengebrochen, so daß man Gefahr läuft, sich die Augen auszuklopfen. Nicht mal eine passende Stelle für Abortkübel hat man an diesem Vertriebspunkt, sondern dieselben stehen so nahe an den Schienen, daß einem bei Benutzung derselben die Füße von vorbeiziehenden Wagen gequetscht werden können. Auch ist es nach Ansicht der Arbeiter nicht nötig, daß der tiefe Grund der Schicht mit dem schiefen Weiterzug in Verbindung steht. Wir fordern den Sicherheitsmann und die Verwaltung auf, hier einmal nach dem Neuen zu sehen.

Hannover, Braunshweig, Hesse-Lippe.

Kalwer Aller-Rodtern. Berechtigte Entrüstung herrscht hier unter den Bergarbeitern, weil am folgenden Tage eine Schicht geföhrt wird, wenn ein gelber Beck, Gefangener oder Bergmannsverein Sonntag eine Feiertag hat. In der Grube sind zu wenig Abortkübel, so daß die Arbeiter weit Wege machen und die Zeit verfließen müssen. Von den Arbeitern wird auch verlangt, daß sie länger arbeiten sollen, um sämtliche Wagen zu füllen. Am anderen Tage aber müssen sie dafür um so länger auf ihre Wagen warten. Da sind die Heberstunden doch nicht nur nutzlos, sondern direkt unsinnig. Wenn der Bergarbeiter keine in Sicht ist, wird tags zuvor von Schichtführern alles zum Empfangen bereit gemacht, ist er wieder fort, geht es im alten Geleise weiter. Eine solche Kontrolle erfüllt also ihren Zweck nicht.

Gemeinschaft Glanzthal. Der Bergmann Hermann Grote aus Seega bei Breitenhausen blieb hier an einem Vorkabel hängen, welches eine Spannung von 110 Volt hatte, und wurde getötet. Das war doch wohl kaum möglich, wenn das Vorkabel genügend isoliert war. Aber bei den bestehenden Verhältnissen muß man sich wundern, daß nicht noch mehr derartige Unglücksfälle passieren.

Kalwer Santa Silberberg. Vor einiger Zeit wollte hier der Einfahrer den blinden Schacht I verlassen. Hieran hatte anscheinend der Steiger Volm rechtzeitig Wind bekommen, und da wohl manches dort nicht in Ordnung war, ordnete er an, daß Schienen und sonstige Gerät in den Schacht geföhrt wurde. Dem Einfahrer wurde gesagt, daß in diesem Schacht nicht gearbeitet und ein neues Seil aufgelegt würde. Dennoch waren die Arbeiter im Schacht, nur mußten sie sich während der Anwesenheit des Einfahrers auf Anordnung des Steigers Volm ganz ruhig verhalten und dem Maschinisten was befehlen worden, nicht zu fahren. Kurzlich war nun der Einfahrer wieder da, um diesen Schacht zu befehlen und suchte zur Verlesung den Steiger Volm. Letzter sah auch hierum rechtzeitig Wind bekommen zu haben und wollte von der Schachtbefahrung nichts wissen. Er hatte sich nämlich auf der Lagerung der Seilscheiben verest und hörte von diesem Verest aus die Schandthat des Einfahrers und wartete auf seinen Abzug. Freilich hatte der Einfahrer gesagt, daß er gleich wieder kommen würde, und da war nun guck klar teuer. Steiger Volm aber hält sich damit, daß der Maschinist sofort alle Arbeiter aus dem Schacht holen mußte und Maschinist und Arbeiter mußten sich verteidigen. So war auch diesmal die Situation für den Steiger gerettet. Die Angst des Steigers vor dem Einfahrer läßt doch zweifellos auf hohnschöne Heberstellungen der bergpolizeilichen Vorschriften schließen. Es ist aber auch die Frage berechtigt: Was nützt den Bergarbeitern eine Scherbe, die sich von den Werkbeamten brav hinter's Licht führen läßt? Auch sonst sollen auf diesen Werke recht viel Mißstände vorhanden sein. So beliebt auf dem Werke eine Waschanstau, die von außen ganz schön aussieht, innen aber herrscht die größte Unordnung. Auch ist die stau nicht zu klein, beim Ankleiden der Arbeiter herrscht derartigest Gebirge, daß immer ein Teil der Arbeiter keine Kleidung nicht findet. Brausen sind zu wenig vorhanden und von den vorhandenen sind oft nur wenige in Ordnung. In Schacht herrscht eine derartige Wärme, daß es den Arbeitern unmöglich ist, 6 Stunden zu arbeiten. Zu den vorhandenen Mißständen kommt dazu noch ein trübes Schichtwasser. Bei der gemachten Feuchtigkeit wird geföhrt. Am 16. März erkrankte

das Werk hohen Besuch und zeigte letzteres, daß es auch anders kann. Auf Wege und Stege am und im Schacht wurden geföhrt und geföhrt. Auftritte wurden geföhrt und alles getan, um dem hohen Besuch ein Paradies vorzuführen, und die Herren glauben dann, der Arbeiter habe es immer so und entrichten sich über die berechtigten Klagen der Arbeiter. Die Arbeiter von Santa Silberberg haben es sich aber zum guten Teil selbst zugeschrieben, wenn solche Zustände existieren. So lange Arbeiter in gelben Bekleidungen „Surta“ fahren und sich mit Festreden bei der Werkverwaltung anbieten, wird es nicht anders.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Mansfelder Gewerkschaft (Gehilfenschaft). Seit einigen Monaten können hier der Verwaltung die Wagen nicht mehr voll genug geladen werden, bei dem geringsten Vergehen werden die Leute manchmal mit einem Schußknüttel bestraft, ja, es sind schon deshalb Entlassungen erfolgt. Ob auf diese Weise das gute Einvernehmen hergestellt werden soll, von dem im „Vertrage“, so viel geföhrt wird? Meistens sind die Wagen doch alle geföhrt; der Inhaltsangabe gemäß müssen sie geladen werden, die Verwaltung hat kein Recht, mehr zu fordern. Meistens werden durch das Überladen die Arbeiter in den niedrigen Streden direkt geföhrt. Die Verhältnisse nicht nur auf dem Glanzthal, sondern bei der Mansfelder Gewerkschaft überhaupt, sind demnach, daß man die Lammesgebild der Arbeiter, demundern muß, mit der sie alles hinnehmen; höchstens wird die Faust in der Tasche geföhrt.

Königreich Sachsen.

Urabe Gotteshilfe, Mühlstein. Wiederholt haben wir uns mit dieser Grube schon beschäftigt. Nicht aus Lust zur Kritik, wie die Werkverwaltung annimmt, sondern um dieselbe zu veranlassen, bestehende Mängel abuschaffen. Die Art und Weise, wie sich nun verschiedene Beamten die Befestigung der schon angeführten Mängel denken, muß wieder zur Kritik herausfordern. Der Ton, den einige Beamten bestehen anzulegen, trägt nämlich nicht zur Besserung des Verhältnisses mit den Arbeitern bei. Der junge Beamte D. M. hat es ganz besonders auf Kohlen abgesehen. Das Verbaue muß darunter leiden. Geht es auf der Strede infolge geföhrt Stredenbaue nicht, läßt er ohne weiteres dieselben herauschlagen und die Jagd nach Kohlen geht weiter. Der Ton, welchen der Steiger D. M. hierbei anschlägt, ist für die Arbeiter beleidigend. Die uralte Sitte, vor der Anfahrt zu beten, hat sich hier noch erhalten. Sehr oft kommt es vor, daß die Mannschaft im Anleiberaum das Räuten überhört und zum Beten zu spät kommt. Durch das Öffnen und Schließen der Türen während dieser Zeit tritt eine Störung ein. Der Steiger zieht dann auch schon das Straußband hervor und bringt durch Strafen und Schimpfen die Arbeiter zur Wirksamkeit zurück. Auch hier würde etwas Milde nichts schaden. Der Bahnhofsmeister L. war voriges Jahr Verbändler, machte aber beim Streik den Ausreißer. Den Kameraden erklärte er auf diesbezügliche Fragen, daß er mit seiner Lage zufrieden sei. Der Steiger Kuhnert schilderte ihn damals als einen charakterfesten Mann. Dieses Verhältnis hat sich heute ganz bedeutend geändert. Um Differenzen mit dem herr. Steiger aus dem Wege zu gehen, hat L. seinen Posten niedergelegt und ist umgedreht. Auch eine Warnung für solche, die infolge „Charakterfestigkeit“ ihren Kameraden in den Rücken fallen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Charlottengrube. Die Zahl der Unfälle ist hier erschreckend groß, fast keine Woche vergeht, wo sich nicht schwere und tödliche Unfälle ereignen. Die Antreiberei ist aber auch derart, daß die Sicherheitsvorschriften nicht genügend beachtet werden können. Die Bewehrung ist stellenweise schlecht, so daß nur Knablampe brennen, trotzdem wird weiter gearbeitet, sogar 1/2 Stunden und länger, dazu noch unter Aufsicht. Daß die Gesundheit der Arbeiter Schiffsbruch leidet, ist selbstverständlich. Ende Februar verunglückte zwei Arbeiter kurz hintereinander tödlich, sieben Arbeiter waren 20 Stunden verkränkt. So geht es, wenn nicht mit der nötigen Vorsicht gearbeitet werden kann und nicht genügend Leute zu Reparaturarbeiten verwendet werden. Die Unfallzahl beginnt morgens schon um 5 1/2 Uhr, die Ausfahrt ist mittags aber erst um 8 1/2 Uhr beendet. Bei der langen Schicht und der schimmigen Schufter können sich die Arbeiter nicht genügend wieder erholen, ihre Gesundheit muß bald zugrunde gehen. Aber darauf hat das Zehentkapital bisher noch keine Rücksicht genommen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“.

Das moralisch wohl am tiefsten stehende ultramontane Schimpfblatt der M.-Gladbacher Demagogen höhelt uns in ihrer Nr. 12 vom 21. März erneut an, ohne daß die Gift- und Drecksprünge uns erreichen. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ soll nach der Behauptung der verlogenen Demagogen in M.-Gladbach die katholische Kirche und Religion verspottet haben, indem wir schreiben:

„In der katholischen Kirche gibt es nur einen Gott und eine Herde. Der Herr bestimmt, die Herde hat zu gehorchen, nicht zu prüfen, nicht zu interpretieren, nichts für „bedauerlich“ zu erklären, sondern zu befolgen. Jede Auslegung gegen die Anordnung eines Priesters oder Bischofs oder eine Maßregelung bischöflicher oder päpstlicher Befehle gelten als schwere Todsünden, so wurde uns im katholischen Kommunionunterricht, so im katholischen Gelehenunterricht gelehrt.“

Wohl wir unentwegt den Standpunkt vertreten haben, daß kein Bischof das Recht hat, eine päpstliche Enzyklika zu interpretieren, weil deshalb die Schandthat der Interpretation zur Gewerkschafts-Enzyklika null und nichtig ist, darum sollen wir die Religion verspottet haben. Es ist doch nicht unsere Schuld, wenn die Demagogen in M.-Gladbach, die sogar eine „katholische“ Zeitung zusammenhoppeln, keine blaße Abnung von katholischen Grundsätzen haben oder die katholischen Grundsätze öffentlich verleugnen, um ihre interkonfessionelle Organisation zu verteidigen. Wir befinden uns mit unserer Inanspruchnahme in sehr guter Gesellschaft, und damit die Demagogen in M.-Gladbach nachprüfen können, ob wir oder sie recht haben, mögen sie folgendes beachten: Kardinal Kopp schrieb in seinem Brief am 21. Januar 1914 an Papst Pius X. vor allem war sie (die Interpretation) nicht nötig, da die Bestimmungen der Enzyklika deutlich und klar geföhrt sind. Sie war unnötig, da die Führer der christlichen Gewerkschaften sie nur zu einer Schroffen Ablehnung benutzten: Eublich oder muß besonders hervorgehoben werden, daß es nicht Sache der Bischöfe ist, päpstliche Erlasse zu erläutern und auszuliegen, sondern daß dieses Recht allein dem Heiligen Stuhle zusteht.“ Hat der Kardinal, der genau das selbe sagte wie wir, damit die katholische Religion verspottet, ehrenwerte Demagogen? In dem Hirtenbrief der Kölner Bischofskonferenz vom 18. Februar heißt es:

„Die aus solcher Nachsicht entstehenden Kundgebungen des kirchlichen Hirtenamtes nehmen alle treuen Katholiken mit demselben Gehorsam auf, den sie dem Hirtenamt selbst schulden, mögen die Kundgebungen loben oder warnen, erlauben oder verbieten, ermuntern oder mahnen.“

In derselben Ehrfurcht und Dankbarkeit erkennt auch der Episkopat, daß dieselbe höchste Autorität, die solche Normen aufgestellt hat, zur authentischen Auslegung derselben allein zuständig ist.“

Hat die Bischofskonferenz in Köln, haben die Bischöfe von Köln, Trier, Münster, Osnabrück, Gildesheim und Babelorn, die unklaren Standpunkt haarklar, mit fast denselben Worten, vertreten, die Kirche und die Religion etwa verspottet? Hat der Bischof von Münster, der in seinem Hirtenbrief dieselbe erneut betont, damit seine Religion verspottet?

Weiter wird uns das Demagogenblatt von M.-Gladbach mit der heiligen W. Wissen vor, wir hätten den „christlichen“ Gewerkschaftsführern nachgesagt, sie seien „Papstknicker“, lägen „mit durchschnittenen Sehnen an der Kette Roms“. Nicht wir haben ihnen das nachgesagt, sondern die „Unita catholica“, der „Zornus“, die „Wartburg“, die „Zürcher Zeitung“ u. a. m. haben das getan und wir haben es nachgedruckt. Wir haben katholischen Zeitungen, katholischen Schriftstellern und Redakteuren geglaubt und sind herin gefallen, weil ein Bischof beschwor:

„Wir ist nichts davon bekannt, daß einer der anderen Bischöfe beim Herrn Kardinal Kopp oder bei der Kurie sich offiziell gegen die Interpretation ausgesprochen hätte“, trotzdem er über ein Jahr im Besitz folgenden Briefes von Kopp selbst war:

„Ich behauere, mich an den Maßnahmen zur Vernehmung der christlichen Gewerkschaften beteiligt zu haben, und will die Interpretation der fünf Punkte nicht weiter vertreten, da solche nicht allein wirkungslos, sondern auch verwirrend sind.“

Zu seinem Schreiben an den Grafen Oppersdorff erklärte Kardinal Kopp aber, er habe seine Zustimmung zu der „Interpretation“ schon am 1. Dezember 1912 zurückgezogen. Damit war die „Interpretation“ gefallen. Das war dem Heiligen bekannt, er hat aber diese entscheidende Tatsache verschwiegen.

Streiknachrichten.

Unter dieser Ueberschrift fällt das Essener Gelbenergan vom 14. März über uns her, weil wir in Nr. 10 die Mitteilung machten, daß die „Christenführer“ einen schweren und letzten Kampf planten, der in allerhöchster Zeit beginnen werde, sofern die „Christenführer“ zu ihren Worten ständen. Das Gelbenergan beschriebt uns, aus einer Mäde einen Gefanten gemacht zu haben und behauptet sogar, daß wir im Ernst gar nicht an einen halbigen, schweren und letzten Kampf des Streikbruchs glaubten. Die Gelben scheinen es demnach für völlig ausgeschlossen zu halten, daß noch ein vernünftiger Mensch das „Christenführer“ ernst nimmt, und wir gelassen offen, daß wir alles für unwahr halten, was die „Christenführer“ reden oder schreiben. Würden sie den nahen, schweren und letzten Kampf 5 f e n t l i c h angekündigt haben, hätten wir darüber höchstens gelacht, aber sie wählen heimlich, dröhen heimlich mit dem Kampf, Kampf bis zum letzten, und das ändert die Sache wesentlich. Die „Christen“ sind fertig, es ist bei ihnen „Mathäa am letzten“, trotz allem Getue, trotz einer immerhin „günstig“ erscheinenden „Abrechnung“, und wer will garantieren, daß diese Leute nicht versuchen, sich durch einen Verzeihungsausschuss zu retten, je höher ihnen das Wasser an der Kehle steht. Der Streikbruch 1912 hat sie Zehntausende von Mitgliedern, die Streikromdie im Saarrevier das ganze Revier gekostet, warum sollten sie nicht versuchen, durch einen Ausschuss, der den Unternehmern nichts kostet, ihre sterbende Streikbruchsarmee zu neuem Leben zu wecken? Leute, die geisteslos genug sind, Brüder gegen Brüder zu setzen, die bei der denkbar günstigsten Zeit die alle Knappenolidarität geröhrt, gegen ihre Kameraden den Streikbruch organisierten, Tausende an die Klassenjustiz auslieferten, halten wir zu a l l e m, nur zu nichts gutem fähig, und deshalb rechnen wir sehr ernstlich mit allen Möglichkeiten, auch derjenigen, daß die „Christenführer“ einen Ausschuss provozieren, allerdings nur zu einer Zeit, wo ein solcher „Kampf“ dem Interimserium keinen Schaden macht. Daß die „Christen“ noch jemals einen ernsthaften Lohnkampf gegen die Unternehmer mitmachen, das halten wir für völlig ausgeschlossen.

Das Gelbenergan behauptet dann weiter, wir wollten den Gewerkschaften in einen Kampf drängen und schreibt:

„Denn schon mehrfach hat sie die „Bergarb.-Ztg.“ in letzter Zeit versucht, den „christlichen“ Gewerkschaften auf das Wasser zu führen, indem sie ihm ernsthafte Streikabsichten unterföhrt und ihm die „grenzenlose Verachtung aller unabhängigen Arbeiter“ in Aussicht stellte, wenn er nicht bald an die Durchführung der im „Vertrage“ vom 17. Februar 1912 bereits angekündigten „energiehchen“ Lohnbewegung herangehen wolle. Auch in dem jüngsten Leitartikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ ist wieder davon die Rede, daß die „christlichen Führer“ diesmal doch wohl nicht wieder nur „mit Zug und Trug auf Täuschung und Bluff berechnete“ „unmännliche“ „Tug und Täuschung berechnete“ hätten, was sie reden und schreiben.“

So ist also die Streikromdie der „Bergarbeiter-Zeitung“ letzten Endes nichts anderes, als ein erneuter kräftiger Versuch, den christlichen Gewerkschaften zu einem halbigen Streik zu verleiten. Es steht für uns ohne weiteres fest, was die Führer des alten Verbandes mit dieser Taktik bezwecken. Sie wissen ganz genau, daß die schweren Natenschläge, die der christliche Gewerkschaften erlitten hat, die Führer des Gewerkschafts schon seit längerer Zeit erschüttert aus dem Gleichgewicht gebracht haben müssen. Und sie wissen deshalb auch, daß es keiner allzu großen Anstrengung bedarf, um den schwer um seine christlichen eingedenen Gewerkschaften zu unüberlegten Schritten zu verleiten. Sind erst die Massen in Fluß, so werden die Führer ganz von selber mitgerissen. Und deshalb spezifiziert die „Bergarbeiter-Zeitung“ auf die Leidenschaft der Massen, sie trauert die zerlebende Gift der Aufhebung in die Empfindung der Vergleute und wagt darüber geschickt die unerreichten Verleiderungen des gegenwärtigen Niederganges für ihre verwerfliche Agitation aus.

Sollte der große Kampf kommen, sollte der christliche Gewerkschaft sich in unüberlegte Abenteuer stürzen, so würde ganz sicher der alte Verband Mittel und Wege finden, um das Ende des Gewerkschafts zu beschleunigen. Er wird als lachender Dritter schmunzelnd und händelnd dabei stehen, wenn sich sein alter Rivale in den letzten Zudängen am Boden windet.“

Das Gelbenergan irrt, wenn es meint, wir wollten den Gewerkschaften aufs Wasser locken und uns freuen, wenn er mit zerbrochenen Beinen daliegt und nicht mehr fort kann. Was wir wollen, ist immer wieder zu beweisen, daß „christliche“ Worte in direkten Gegenfatz zu „christlichen“ Taten stehen. Wir wollen den Vergleuten beweisen, daß, wer ständig und launisch liegt, seinen Glauben mehr verdient.

Zumbusch-Schwindel.

Der „Vertrage“ vom 14. März bezeichnet unsere Mitteilung, wonach der Landtagsabgeordnete Hermann Zumbusch nach einer Verammlung in Magdeburg den Verbauremann Mathias Collet sagte, er solle aus 5 Neuaufnahmen 35 machen, als sozialdemokratischen Schwindel. Zumbusch ist eritens nicht unehrlich genug, davor zu warnen, aber er sei auch nicht dumm genug dazu. Mit seiner Ehrlichkeit ist es wirklich nicht allzu weit her und mit seiner „Schlantheit“ steht es doch so, daß die Gewerkschaften lieber ihm im Gegenfatz zu seinem Bruder den „dummen Zumbusch“ nennen. Wer schon von seinen eigenen Mitgliedern das Prädikat „der Dumme“ erhalten hat, sollte es unterlassen, weiter mit seiner Schlantheit zu renommieren. Schon die Tatsache, daß er als ehemaliger Arbeiter im „christlichen“ Gewerkschaften organisiert ist, beweist wirklich recht wenig Schlantheit, denn selbst die Ehe muß in seinem Buch „Kapital und Arbeit“ eingesehen, daß die intelligenten Arbeiter Deutschlands hinter der Fahne der Sozialdemokratie marschieren. Da Zumbusch ein sehr schwaches Gedächtnis zu haben scheint, wollen wir ihm verraten, daß er die Worte: „Mache einen Bericht an den „Vertrage“ und schreibe 35 Neuaufnahmen, das macht nach außen einen besseren Eindruck“, zu Collet sagte an der Ecke der Josefstraße, bei der Wirtschaft Wilhelm Schmidt in Magdeburg, als er sich von seinen „christlichen“ Mitgliedern verabschiedete. Die Verammlung hatte um 11 Uhr beim Birt Focke in Jutzgrund. Die Tatsache, daß der Landtagsabgeordnete Hermann Zumbusch aus 5 Neuaufnahmen im „Vertrage“ 35 machen und damit die Leser des „Vertrage“ wissenschaftlich entlügen ließ, halten wir im vollen Umfang aufrecht und sind bereit, es jederzeit eublich erhärten zu lassen. Also, wenns beliebt, Herr Zumbusch!

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Wer hat das polnische Volk verraten?

Nach dem verunglückten Streik der Polnischen Berufsvereingung in Oberschlesien fieden die großpolnischen Agitatoren mitamt ihrer Brosche über unseren Verband her und behaupteten, wir hätten die Niederlage der Streikenden verschuldet, weil wir keine Streikunterstützung an die Unorganisierten geschikt haben. In Zeitungsausschnitten und Verammlungen wurde behauptet, die Sozialdemokraten hätten dem polnischen Volke die Millionen nur aus der Ferne gezeigt, während die Separatistenhauptlinge sogar behaupten, unser Verband habe nur deshalb keine Unterstützung an die Unorganisierten geschikt, weil es sich um Polen gehandelt habe. Hätten Deutsche anstatt Polen im Streik gestanden, dann würde die Verbandskasse schon geöffnet worden sein. Das sind nichts als hochhaffte Verleumdungen zu dem Zweck, den nationalpolitischen Gag aufzuheben. Wir haben den Streik nicht beschlossen und nicht geführt, haben jedoch Solidarität geübt und somit getan, was unsere Pflicht war, und haben an unsere Mitglieder allein rund 90 000 Mark Streikunterstützung ausgegahit. Was hat nun die führende polnische Organisation, ausgegahit, die damit prahlte, daß sie allein an 60 000 Mitglieder im Streik stehen habe? Nach der jetzt vorliegenden Jahresabrechnung hat die Polnische Berufsvereingung ganze 21 648,80 M. Streikunterstützung ausgegahit. In mehr als 50 000 polnische Bergarbeiter hat die Berufsvereingung 21 648,80 M. ausgegahit oder an jeden Streikenden etwa 40 Pf., kaum so viel, daß es für ein Liter Maschinenöl lang! Die Berufsvereintrer haben dem polnischen Volk weder Willigen gezeigt, noch gegeben, während unser Verband die volle statutarische Unterstützung auszahlte, an Polen genau so, wie an Deutsche — ohne Unterchied. Die oberste polnischen Bergarbeiter können allein an diesen Kampf erfsehen, welche Organisation ihre Interessen vertritt und sie im Rahmen wirklich unterstützt. Unser Verband hat an etwa 3500 Mitglieder mehr als dreimal so viel ausgegahit wie die Berufsvereingung an etwa 60 000 polnische Bergarbeiter. In ihren Früchten soll ihr Erf erkennen!

Verband der Sattler und Portefeuliker 1913.

Das Sattler- und Portefeuliergewerbe gehört mit zu denjenigen, das mit höchst von den Schwankungen der wirtschaftlichen Konjunktur behaftet ist...

Die Zahl der Lohnbewegungen ist gegen das Vorjahr beträchtlich zurückgegangen. Es fanden statt: 65 Bewegungen (1912: 88) in 101 Betrieben mit 2280 Beschäftigten...

Die Einnahmen des Verbandes betragen 370 741, die Ausgaben 285 700 Mk. Den Rückstand der Ausgaben beanspruchte die Erwerbslosenunterstützung...

Bericht der Firma H. Hansmann & Co. über das Geschäftsjahr 1913.

Da wir alle zwei Jahre zur Generalversammlung in dem vom Vorstand herausgegebenen schriftlichen Geschäftsbericht über unseren Geschäftsbetrieb und Geschäftsablauf ausführlich berichten...

Aus der folgenden Bilanz können sich unsere Kameraden über den Stand unseres Geschäfts orientieren:

Bilanz am 31. Dezember 1913.

Table with Aktiva and Passiva sections, listing assets like Waren- und Rohmaterial, Maschinen und Werkzeuge, and liabilities like Hypotheken- und Darlehens-Konto.

Bericht- und Gewinn-Konto am 31. Dezember 1913.

Table showing Debit and Credit entries for the report and profit account, including items like Personal-Versicherungs-Konto, Fabrikationskosten, and Inventar.

Table showing Credit entries for the report and profit account, including items like Saldo Vortrag, Zinsen und Amortisations-Konto, and Fabrikations- u. Buchhandl.

Das Verlust- und Gewinnkonto zeigt unter Debit die Höhe der im Laufe des Jahres entstandenen Unkosten und unter Credit den erzielten Bruttogewinn...

Zum Gehalt- und Lohnkonto sei bemerkt, daß die aufgeführte Summe das Gehalt und die Löhne für den Geschäftsführer, den Hauswart, das Bureaupersonal und für einige Arbeiterinnen enthält.

Grundstücksertrags-Konto am 31. Dezember 1913.

Table showing Debit and Credit entries for the ground yield account, including items like Saldo Vortrag, Schlosser- und Klempner-Arbeiten, and Mauter- und Wäler.

Table showing Credit entries for the ground yield account, including items like Per Einnahme an Mietzins, Lichtgeld, and Diverse.

Um einer falschen Meinung vorzubeugen, wollen wir bezüglich der rückständigen Miete bemerken, daß die Miete pünktlich bezahlt wird...

Rassenbericht des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Geschäftsjahr 1913.

Table showing statistics for the Bergarbeiter Deutschlands, including total members (21 159,44) and various categories like Eintragsgelder and Privatabonnenten.

Ausgaben.

Table listing various expenses such as Ortsvergütung und Zeitungsböten, Bezirksvergütung, and allgemeine Agitation und Bezirksunkosten.

Vermögensübersicht.

Table showing assets like Renten, Sparkassen und Darlehen, and Kassenbestände am 31. Januar 1914.

Außerdem befinden sich in den Bezirks- und Ortskassen Bestände in Höhe von 50 874,07

Das Gesamtvermögen beträgt 3 282 857,80 Mark

Vorstehende Abrechnung mit den Büchern, Belegen und der Kasse in Uebereinstimmung befinden.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 13. Woche (vom 22. bis 28. März 1914) fällig.

Die Redaktion des „Operato Italiano“ befindet sich seit dem 15. März 1914 in Hamburg 25, Wallstraße 1.

Unsere Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher immer bereit zu halten, damit beim Eintreffen der Beiträge die Beitragsmarken direkt von den Büchern ins Buch geklebt werden können.

Rechtshilfe betreffend.

Bezirk Luga-Delsm., Vom 1. April ab wird der Rechtshilfe für unsere Mitglieder jede Woche nur Mittwochs, vorm. 8 Uhr bis nachm. 4 1/2 Uhr, erteilt.

Sofalbeitrag.

Die Zahlstelle Kastrop III (nicht Kastrop II, wie irrtümlich in der vorigen Nummer angegeben) ist berechtigt, ab 1. April 1914 pro Woche und Mitglied 5 Pf. Sofalbeitrag zu erheben.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisionen unnötige Wege erspart bleiben:

Kranzpendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kranzpendemarken à 10 Pf. geklebt: Bochum I. Im Monat März, Seugfen. Im Monat März.

Sprengel-Versammlungen

Sonntag, den 29. März 1914: Sandtr. Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Weierling...

Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 29. März 1914: Horkermarkt, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Weierling...

Wahrung Knappheitsrechte!

Kommission Dortmund: Sonntag, den 5. April 1914, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Dortmund...

Kommission Herne

Sonntag, den 5. April 1914, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Höyer in Westinghausen-Süd...

Kommissionsitzung

Beerdigungstafel „Gülden“ Zwidan

Sonntag, den 26. April 1914, nachmittags 2 Uhr, Einlass 1 Uhr im Gasthof „Zur goldenen Sonne“ in Zagan...

General-Versammlung

Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu recht zahlreichem Besuch ein. Die Legitimation zur Generalversammlung hat jedes Mitglied...

Die Steuer-Einschätzungen

gehen allen Steuerpflichtigen im März zu. Da ist es dringende Pflicht, sich mit den gesetzlichen Bestimmungen, wie Kinderprivileg usw., vertraut zu machen...

Die Bergarbeiter

Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit von Otto Hue

2 Bände umfassend 1215 Druckseiten. Preis für Verbandsmitglieder nur 8,00 Mk.

Der zweite Band umfasst 760 Seiten mit folgendem Inhalt:

Revolutionäre technische Neuerungen. — Kampf gegen das Direktionsystem. — Die Beseitigung des Direktionsystems. — Die Organisation der Unternehmer. — Verhältnisse der Bergarbeiter...